tisch, es zuließ, daß die ehemals auf schwachen Füßen stehende Monarchie heute fester denn je dasteht. Dieser selbe Präg gibt uns auch den Schlüssel zu der so wenig entwickelten Klassen-Erkenntnis und -Bewußtsein des dänischen Arbeiters. Mit Stoizismus geht der Arbeiter alljährlich in eine dreimonatliche Aussperrung, aus welcher er jedesmal als Geschlagener heimkehrt. Er weiß sehr wohl, daß die Herren Partei- und Gewerkschaftsbesitzer ihn am grünen Tische verkuhhandeln, er schimpft in sich hinein und — es bleibt alles beim alten.

Die Schwierigkeiten der dänischen Industrie werden sich, nachdem die Wirkungen des Dawesplanes sich erst in ihrer vollen Auswirkung zeigen werden, insbesondere die Dumpingversuche Deutschlands, ungeheuer vermehren. Dieses haben die Politiker der in Wirklichkeit herrschenden Rechtsparteien früh genug eingesehen und der Sozialdemokratie den Platz eingeräumt und ihnen die Verantwortung für die Führung des Staatsschiffes aufgebürdet. Bisher sind die Auftraggeber des Herrn Stauning auch sehr, sehr zufrieden mit ihm.

Das Organ der Konservativen „Berlinske Tidende" drückt seine Zufriedenheit wie folgt aus:

„Das Ministerium Stauning ist als ein Unglück für das Land bezeichnet worden. Das ist zuviel gesagt. Auf der anderen Seite wird jedoch dieses Ministerium der Sozial-Demokratie nicht zum Glück gereichen, welches bürgerlich gesehen, ein annehmbarer Grund, diesem nicht zu energisch nach dem Leben zu trachten, so lange dieses versucht versucht seine Prinzipien in die Tat umzusetzen und gefährliche Experimente zu beginnen.

Dazu muß es kommen. Veranlassung kann allein bereits das Gesetz über die Betriebsräte geben". (Berl. Tid. 1. 1. 25., Nr. 1.)

Also ein vom Ministerium Stauning vorgelegter Entwurf eines harmlosen Betriebsrätegesetzes, der den Arbeitern nicht einmal das gewährleistet, was es bereits besitzt, veranlaßt die Reaktion die Zähne zu zeigen. Wer das deutsche Betriebsrätegesetz in all seiner Harmlosigkeit (abgesehen von den Fesseln) kennt, macht sich keinen Begriff, um wieviel harmloser und zahmer diese Stauning-Borgbjergische Harmlosigkeit ist, die man verschämt Betriebsrätegesetz nennt.

Verständlich ist, daß unsere heimischen Moskau-Reformisten demagogisch das Gesetz als eine Fratze eines Betriebsrätegesetzes bezeichnen, um im selben Augenblicke zu behaupten: Ein Fortschritt trotz alledem, auf dem man weiter bauen kann. Es geht doch nichts über einen Revoluzzen, wenn auch im Schafsgesicht.

Die meisten Vorschläge des Entwurfs haben die Arbeiter sich bereits errungen, es bedeutet daher der Entwurf nur ein gesetzliches Festlegen des bereits Bestehenden. Doch Stauning rechnet so: Ist erst eine gesetzliche Festlegung erfolgt, so ist es den Arbeitern ungeheuer erschwert, über diese gesetzliche Festlegung hinaus, neue Verbesserungen ihrer Arbeitsrechte zu erringen. Der Kampf der Reaktion und ihre Drohung das Ministerium evtl. zu stürzen, sind Scheingefechte mit Theaterdolchen. Letztere sieht darum so grimmig drein, um in der Arbeiterschaft den Glauben zu erwecken, wunder was für einen sozialen Fortschritt diese sich erringt. Je heftiger die Reaktion sich sträubt, je besessener sind die Arbeiter darauf erpicht, einen vermeintlichen Sieg zu erringen und — die Reaktion ist der lachende Dritte, freut sich diebisch, die Arbeiter von weiteren und radikaleren Forderungen durch ihren vermeintlichen Widerstand abgehalten und sie gründlich eingeseift zu haben.

Die Herren Stauning — Borgbjerg rühmen sich, das deutsche Betriebsrätegesetz als Muster (ohne Wert, natürlich) ihrem Entwurf unterlegt zu haben. Traurige Gestalten! Sie wollen es natürlich nicht wahr haben, was der Vorsitzende des dänischen Arbeitgeberverbandes erklärte: Dieser sagte als Einwand gegen den Entwurf:

„Die Erfahrungen der deutschen Industrie beweisen es hinlänglich, daß der moderne Arbeiter für das Mitbestimmungsrecht am Betriebe nicht reif ist. Was ist vom deutschen Betriebsrätegesetz in Wirklichkeit übrig geblieben? Nichts. Die Arbeiter haben die ihnen gewährten Rechte nicht ausgenutzt, weil ihnen jedes Interesse am Betriebe abging. Niemand kümmert sich mehr um das Gesetz (!!!)".

*

Etwas anders verhält es sich mit dem soz.dem. Entwurf einer Justizreform. Hier handelt es sich um eine schnöde Liebedienerei und erzreaktionäre Schurkerei gegenüber der Bourgeoisie. Eine Zuchthausvorlage à la Lex Heinze, die jede Agitation, Streik, Organisation auf der Grundlage des unverfälschten Klassenkampfes unmöglich macht. Eine legale Arbeiterbewegung, die es ernst mit der Befreiung des Proletariats nimmt, ist verdammt in die Illegalität zu versinken. Bürgerliche Organe erklärten offen, daß Herr Stauning und sein Justizminister offenbar zu weit geschossen, weiter als die Bourgeoisie es verlangt. Wahrscheinlich hat sich dieser Rakkerkerscht von Sozialdemokrat, der sich auch bereit zum Henkersknecht entwickeln wird, das Vorbild seiner deutschen Glaubensbrüder von der Moskauer Fraktion zum Muster genommen (siehe Meyer, Koenen und Gen. zum Republik-Schutzgesetz). Strafbar ist, wer in Tat, Wort und Bild, Schrift usw. revolutionäre Agitation treibt, die die gesetzliche Ordnung des Staates gefährdet usw.

Der Sozialdemokratie wird himmelangst vor dem Produkt ihres Geistesheroen und sie ruft einen anderen juridischen Geisteshero aus der sozialdemokr. Kloake, einen Professor Dr. jur. X. herbei, der in den Spalten des „Sozialdemokraten" das Produkt ihres Ministerkollegen in Grund und Boden verdammen muß. Welcher Eiertanz. Rechts und in der Mitte Hohnlächeln. In den eigenen Reihen Ohrfeigen. Ganz links, bei den Moskauer Reformisten — diebische Freude. Besorgen doch die Staunings die Geschäfte der Pseudo-Kommunisten-Revolutionäre. Kommen letztere in die Illegalität, haben diese es geschafft. Sie leben von den Fehlern ihrer zukünftigen heißunworbenen Bundesgenossen. Aber auch diese reaktionären Narrenstreiche der Reformisten, werden dazu dienen, den Klassenkampf zu beleben und die Arbeiter aus ihrem Dornröschenschlaf aufzuschrecken.

Auch auf religionspolitischem Gebiete reagiert die „Stauningsche „Arbeiter"-Regierung gehorsamst den Winken der kapitalistischen Mächte. Da der Millionär-Bischof Bast der Methodistensekte Skandinaviens und der russ. Grenzstaaten wegen Verdachts der Unterschlagung von Millionen Geldern, der öffentlichen Wohltätigkeit gehörend, verhaftet wurde, setzten „Wallstreets" Bankmagnaten alles in Bewegung (Die amerikan. Finanzkönige gehören z. zr. T. der Methodistensekte an) um ihren geliebten Bruder in Christo zu befreien. Diese drohten mit einem offiziellen Schritt der Botschafter der USA. in Kopenhagen. Hui! Das wirkte. Stauning braucht Dollars, um seinen Etat im Gleichgewicht zu bringen. Wer unartig ist, dem verschleift der Herr Banquê seinen Tresor. Herr Stauning, als getreuer Diener seiner kapitalistischen Auftraggeber öffnete flugs die Tore des Gefängnisses. Herrn Staunings Anleihepläne sind gerettet — vorläufig.

Da wir uns nun einmal nach Amerika verirrt haben, ist es ein Aufwaschen, wenn wir hier gleich erwähnen, daß die amerikan. Kapitalisten die Einfuhr dänischer landwirtschaftlicher und industrieprodukte gestatten wollen, wenn die dänische Geschäftswelt gewillt ist, sich unter amerikanische Geschäftsaufsicht zu begeben und einer amerikanischen Experten-Kommission die Einsicht in die Bücher gestatten will. Große Empörung in den Kreisen der Exporteure. Aber was hilfts? Die Entwickelung geht nun einmal seinen Gang, diese fragt nicht nach Recht noch Unrecht. Der Profit ist maßgebend.

(Fortsetzung folgt.)

An die Mitglieder der Einheitsorganisation!

Genossen! Am 27. Februar veranstaltet die Kommunistische Arbeiterpartei **öffentliche Mitglieder-Versammlungen** in untenstehenden Lokalen, zu denen Ihr hiermit eingeladen seid. Die Tagesordnung lautet: **„Die Aufgaben des revolutionären Proletariats".** Der Zweck der Versammlung ist, eine **politische Aussprache** zwischen den Mitgliedern beider Organisationen herbeizuführen. Erscheint recht zahlreich in dem Euch zunächst gelegenen Versammlungslokal; gleichzeitig, ob es Eure „Instanzen" erlauben oder nicht. Ihr selbst habt doch zu entscheiden!

Die Versammlungen finden am 27. Februar, abends um 7 Uhr in folgenden Lokalen statt:

Norden: Fränzel, Reinickendorfer Straße 42.
Nordosten: Paries, Hufelandstraße 32.
Osten: Boekers Festsäle, Weberstraße.
Süden, Neukölln: Kottbuser Krug, Kottbuser Straße 19.
Oestliche und südöstliche Vororte: Köpenick, Rosen-Ecke Kirchstraße, Lokal Augustin.
Westliche und südwestliche Vororte: Schönemann, Schöneberg, Sedanstraße 20.

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.
Bezirk Groß-Berlin.
Arbeitsausschuß.

„Fortschritte" in Rußland.

Die russische Telegraphenagentur meldet: „Das russische Finanzkommissariat hat angesichts der in den letzten Jahren durch die Raffinerieunternehmungen des Trusts Uralplatin errungenen Erfolge, die ihn instand setzten, Platin von jeder Güte auf den Weltmarkt zu liefern, beschlossen, daß der Trust selbständig auf den ausländischen Märkten auftreten und sich unmittelbar mit den Unternehmungen in Verbindung setzen soll, die Platin in Fabrikate und Halbfabrikate verarbeiten. Durch die Beseitigung der Zwischenstellen hofft man, den Unterschied zwischen „Groß- und Kleinhandelspreisen zu vermindern."

Die „kommunistische" Presse, die sich der Kapitalismus Rußlands im Auslande zu seiner Interessenvertretung schuf, tut sich was zu gute, daß in Rußland der Außenhandel Staatsmonopol sei. Mit diesem Argument werden alle Hinweise bekämpft, daß die KPR. und die russische Regierung selbst den privaten Kapitalismus fördern. Die obige Meldung bedeutet aber nichts anderes, als daß dieses Staatsmonopol des Außenhandels durchbrochen ist. 'Platin ist ein wichtiger Handelsartikel Rußlands, auf den sich das ausländische Kapital zuerst stürzte.

Diese Durchlöcherung des staatlichen Außenhandels ist nur die folgerichtige Entwicklung der NEP. Andere müssen notwendig folgen. Bis Rußland sich auf den Auslandskapitalismus stützen kann, das westeuropäische Proletariat nicht mehr nötig hat und seinen ausländischen Preßlakaien den verdienten Fußtritt versetzen wird.

Katastrophenmeldungen aus Rumänien.

Der Ministerrat hat außerordentliche Beschlüsse gefaßt, die Ernährung der Bevölkerung sicher zu stellen. Die Ausfuhr von Weizen und Weizenprodukten ist verboten. Es sind Höchstpreise festgesetzt. Im Falle unzureichender Ablieferung der Landwirtschaft sind der Mühlen kann im Interesse der Ernährung der Bevölkerung und der Armee seitens des Staates zu Beschlagnahmungen geschritten werden bei Ueberschreitungen der festgesetzten Höchstpreise. Diese Maßnahmen sind am 15. Januar in Kraft getreten.

Diese Meldungen bedeuten die Offenbarung der Katastrophe des rumänischen „Siegerstaates". Rumänien ist Agrarstaat und der Weizenanbau war die Hauptverwerbsquelle des Landes. In der Vorkriegszeit wurden jährlich 150 000 Waggon Weizen ausgeführt. Durch seinen „Sieg" gegen die Zentralmächte ist das Vorkriegsrumänien mit 7 Millionen Einwohnern auf 131 000 Quadratkilometer bezügl. des Areals und der Einwohnerzahl fast um das Doppelte vergrößert worden. Die Rumänien zugesprochenen Länder (Siebenbürgen von Ungarn und Bessarabien von Rußland) sind ebenso Agrarländer, in denen der Weizenanbau vorwiegt.

Die schlechte Ernte des vorigen Jahres trägt nur zu einem kleinen Teil zu der rumänischen Katastrophe bei. Der Ernteertrag betrug im Jahre 1924: 637 kg; 1923 (ein außerordentlich gutes Weizenjahr): 1030; 1922: 950; 1921: 860; 1920: 850 kg pro ha. Die Krise muß im nächsten Jahre notwendig noch größere Katastrophe erzeugen. Im vergangenen Herbst sind 386 000 Hektar weniger mit Winterweizen bebaut als im Vorjahre; statt 2 683 000 ha im Herbst 1923, nur 2 297 000 ha. In Altrumänien allein wurden im Jahre 1914 2,1 Mill. ha mit Weizen bebaut, in den letzten Jahren nur 1,3 Millionen ha. Rund 1 Million ha fruchtbares Land, bester Weizenboden, der früher bestellt wurde, ist überhaupt unbebaut geblieben. In Altrumänien betrug in den Jahren 1919 bis 1923 der Rückgang außerdem noch pro ha 30,5 v. H. gegenüber der Jahren 1911 bis 1915.

Und die Ursachen dieses katastrophalen Niederganges der rumänischen Wirtschaft, deren Angelpunkt der Weizenanbau ist resp. war? Die rumänische Bevölkerung, die in ihrer Mehrzahl aus Kleinbauern besteht, hat versucht, der Entwicklung zu entgehen. Es hat eine Agrarreform stattgefunden derart, daß der Großgrundbesitz aufgeteilt und den kleinen Bauern zugeschlagen wurde. Was es heißt, die Landwirtschaft in ihrer Industrialisierung zu unterbrechen und in einen vorgeschichtlichen Zustand zurückzuschrauben, zeigen die obigen Zahlen mit erschreckender Deutlichkeit. Der rumänische Großgrundbesitz arbeitete mit modernen Maschinen und nach wissenschaftlichen Methoden, soweit dies im Kapitalismus überhaupt möglich ist. Das kleinbäuerliche Element ist rückständig und unfähig und arbeitet mit alten primitiven Mitteln. Die Gesamtfläche Rumäniens dürfte zur Hälfte dem landwirtschaftlichen Fruchtbau dienen. Denn das Land ist z. T. bewaldet, zu einem großen Teile nichtanbaures Gebirgsland und unproduktive Flächen. Der unbebaute, fruchtbare Boden beträgt demnach zu 13—14 v.H. des Ackerlandes! Bis 15. Dezember 1924 waren 5 794 505 ha enteignet. Davon waren schon zugeteilt: 2 921 600 an 1 126 220 Bauern; 729 259 ha. wurden für Gemeindewaldes bestimmt, 1 307 994 ha. sind noch nicht zugeteilt, noch in Benützung der Großgrundbesitzer, der Rest ist Wald und ist Eigentum des Staates und der Gemeinden geworden.

Am stärksten fand die Enteignung in den neu zu Rumänien gekommenen Ländern statt, z. T. waren nationale Gesichtspunkte maßgebend. Man wollte die neuen „Eintentanen" köbern, um ihre Opposition zu brechen. Des weiteren ist damit der Revolutionierung des unbemittelten Landvolkes durch ein Riegel vorgeschoben und eine Trennung vom Industrieproletariat vollzogen, da hunderttausende durch Landzuteilung zu Besitzern gemacht wurden. Das Agrarprogramm der bürgerlich-rumänischen Regierung ist also genau dasselbe, wie das der russischen bolschewistischen Partei, die sich bis auf den heutigen Tag kommunistisch nennt. Und der russische Erfolg scheint dem russischen wie ein Ei dem andern. Nicht nur in der Erzeugung von Hungersnot, sondern auch in den Methoden der Revolutionsverfälschung.

Zum Brief im Feuilleton

Genosse Broh sendet uns folgende „Berichtigung" zu:

Werte Genossen!

Richtig ist, daß mir das Manuskript vor ca. einem Jahr oder noch früher zugegangen ist. . In dem darauf folgenden Briefwechsel mit dem Autor stellte er mir anheim, die bei der Länge und Art des Manuskriptes von mir für erforderlich gehaltenen Kürzungen vorzunehmen, indem er mir schrieb, daß ich derjenige sei, zu dem er das größte Vertrauen hätte." Die Aufgabe, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu scheiden, war natürlich gerade bei einem solchen Manuskript schwierig und verantwortungsvoll. Ich hatte auch nicht die Zeit, mich dieser Arbeit hintereinander zu unterziehen, sondern nur etappenweise, und mußte dann immer wieder die ersten Teile nachstudieren. Ich selbst besitze eine ganze Reihe von mir angefangener Manuskripte, zu deren Vollendung mir einfach die Zeit fehlt. Wenn der Autor die unentstellte Veröffentlichung verlangt, so meint er selbstverständlich das in seinem Auftrag von mir redigierte Manuskript. Wie ihr Euch aus der ursprünglichen Handschrift überzeugen könnt, die ich Euch mit meinen Kürzungen übersandt habe, sind die Kürzungen nicht „tendenziös", sondern rein sachlich vorgenommen. Der Genosse konnte im Zuchthaus nur schreiben in erhaschten Viertelstunden, stets in Hast. Daher viele Wiederholungen. Ferner war und ist inzwischen manches durch die Zeit überholt oder richtiggestellt. Endlich ist die Erregung eines Gefangenen über Persönliches begreiflich, aber der Sachlichkeit nicht dienend. Ihr werdet feststellen können, daß ich gerade Angriffe auf Führer Eurer Organisation durch Streichung der Namen etc. versachlicht habe, nicht um der schönen Augen Eurer Führer willen, sondern weil die Sachlichkeit unter Persönlichem leidet.

Das Entscheidende aber ist, daß ich den Autor über die Kürzungen orientiert habe und daß er durch Schreiben vom 1. Februar 1925 sie ausdrücklich für „gut" erklärt hat. Ich kann es also unter keinen Umständen zulassen, muß es vielmehr Euch als sein Vertreter unterstützen, das Manuskript ohne diese, vom Autor selbst gewünschten und für gut befundenen Kürzungen zu veröffentlichen. Da jeder Autor, wenn er Zeit genug hat, das ursprüngliche Manuskript überarbeitet, und ich diese Ueberarbeitung als sein Beauftragter und Vertrauensmann übernommen habe, weil er es im Zuchthaus nicht tun konnte, so wäre der Abdruck des nicht durchgearbeiteten Manuskripts eine Entstellung. Dadurch, daß jetzt nur das Wesentliche stehen geblieben ist, ist die Arbeit des Genossen eine außerordentlich schlagende und wirkungsvolle, deren nachträgliche Abschwächung ich nicht zulassen kann. Ich hoffe auch, daß ihr selbst nach Durchprüfung der gleichen Ansicht sein werdet.

Nun einige Worte zu Eurem formellen Vorwurf. Euren Brief an Pfemfert habe ich niemals zu Gesicht bekommen. Mich selbst habt ihr nie, weder persönlich noch schriftlich noch telefonisch angefragt. Pfemfert hat mir aber von Eurem Brief an ihn Mitteilung gemacht. Daraufhin habe ich die Druckerei sofort ersucht, das Manuskript zurückzusenden. Dies habe ich erst vorgestern und auch nur zum Teil bekommen und sofort meinem Büro zur Absendung an Euch per Einschreiben übergeben, ohne auch nur eine Ahnung von Euern Aufsatz in der KAZ. zu haben. Auf diesen hat mich erst nachher Kanehl aufmerksam gemacht (ebenso auf Euren Briefwechsel mit den Funktionären der Berliner AAU.-E., der mir gleichfalls unbekannt war).

Prompfert erklärte auf meine heutige Anfrage, daß er Euch am Telefon gesagt habe: er sende Euren an ihn geschriebenen Brief mir zu, aber nicht: er habe ihn mir gesendet. Er habe dann aber die Uebersendung unterlassen, da er mir mündlich davon Kenntnis gegeben. Ich meinerseits habe, wie ihr seht, alles tatsächlich nötige für Euch veranlaßt, ohne jede Bummelei. Wurdet ihr ungeduldig, so hätte einfache direkte Anfrage an mich vor dem öffentlichen Angriff die Sachlage völlig aufgeklärt und falsche Verdächtigung für opferwillige Arbeit sowie neue Bemühung erspart.

Broh.

Auf einen Streit, wer recht hat, wollen wir uns nicht einlassen, da es uns nur darauf ankam, das Manuskript zum Abruck zu erhalten. Die Korrespondenz mit Broh über diese Frage ist für uns durch den Abdruck dieser „Berichtigung" erledigt.

Wir möchten nur noch einmal feststellen, daß der Brief vor über einem Jahr geschrieben wurde und daß der betr. Genosse unsere Zeitung nicht ausgehändigt bekommt, sich politisch also nur nach dem orientieren kann, was ihm durch Genossen brieflich mitgeteilt wird. Und nach seinen eigenen Angaben ist Broh der einzige, der ihm schreibt. Daher also seine Orientierung. Die Streichungen, die Broh vorgenommen hat, sind bei dem Abschnitt, der den Berlinern und den Essenern gewidmet ist, durchaus sachlicher und nicht tendenziöser Natur, dagegen sind bei dem Kapital „Einheitsorganisation" fast alle Angriffe gegen die Einheitler gestrichen oder umgebogen. Wir werden den Brief selbstverständlich ohne die Aenderungen von Broh's Hand bringen, damit sich die Genossen, speziell die der „Einheitler" durch Vergleich mit dem gekürzten Abdruck in der „Aktion" und in der „Einheitsfront", selbst ein Urteil über den Charakter der „Aenderungen" Broh's bilden können.

Mitteilungen

Achtung! Postbezieher und Ortsgruppen im Reich!

Der heutigen Nummer liegen Zahlkarten bei. Die Belieferung der Genossen, die bis zum 20. Februar nicht bis Nr. 10 abgerechnet haben, wird eingestellt.

GROSS-BERLIN.

An die Ortsgruppen und Einzelmitglieder des Wirtschaftsbezirks Berlin-Brandenburg der AAUD. und KAPD.

Am Sonntag, den 1. März 1925, vormittags um 9 Uhr, findet in Berlin-Lichtenberg eine **kombinierte Bezirkskonferenz** der Partei und Union statt. Lokal ist im Rundschreiben bekannt gegeben. Jeder Ort hat einen Delegierten zu senden. Als Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Referat über Union und Partei.
2. Bericht über die Ortsgruppen.
3. Organisatorisches, Regelung der Ortsgruppen-Arbeit. Werbenummern. Heranziehung Sympathisierender und früherer Genossen.
4. Verschiedenes.

Der Bezirks-Arbeitsausschuß.
I. A.: Der Obmann.

Die nächste Arbeitsausschußsitzung findet nicht am Mittwoch, den 18. Februar, sondern am Donnerstag, den 19. Febr. an bekannter Stelle, statt. Am Mittwoch, 18. Februar, haben alle Arbeitsausschußmitglieder in den Fachabteilungen Union bei Erscheinen, Lichtenberg, Scherweber Straße 60, zu erscheinen.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Isadonat, Berlin O 17, Lanze Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 13

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel — Inserate werden nicht aufgenommen.

Februar 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17 Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Tscheka und Spitzeltum

Der Leipziger Spitzelprozeß — Die Verhaftungen in Moskau

Die bürgerliche Presse bis zur „Roten Fahne" hat wieder einmal ihre Sensation. An den Litfaßsäulen Berlins prangen Riesenplakate: „Die deutsche Tscheka. Die ausführlichsten Berichte über den Leipziger Spitzelprozeß bringt nur die „Rote Fahne." So versucht die „Rote Fahne" aus dem Prozeß und evtl. Verurteilung revolutionärer Proletarier zu langjährigen Zuchthausstrafen noch ihren Profit zu ziehen.

Der Leipziger Prozeß zeigt wieder einmal deutlich, daß illegale Organisationen und Spitzeltum untrennbar miteinander verbunden sind. Wenn keine illegalen Organisationen da sind, so schafft der Spitzelapparat der Abteilung 1 a welche, um die Möglichkeit zu haben, revolutionäre Proletarier, denen die jetzige Stagnationsperiode der Revolution zu flau ist, die „Betätigung" suchen, solche zu verschaffen und sie dann ins Zuchthaus zu bringen.

Vergegenwärtigen wir uns einmal die Situation. Proletarier der KPD. haben sich zu einer T.-Gruppe zusammengeschlossen, um die Feinde der Revolution zu „erledigen". Ob mit oder ohne Genehmigung der Zentrale, spielt keine Rolle. Leiter der Gruppe ist ein Felix Neumann, anscheinend ein vollkommen hysterischer Mensch, ein Revolutionsromantiker, eine Abenteurernatur. In die Gruppe werden nach und nach zwei Spitzel aufgenommen, Diener und König. Daneben spielt noch ein Friseur-Rausch eine Rolle, der von seinen Freunden anscheinend die Aufgabe erhalten hat, die Abteilung 1 a zu bespitzeln. Er glaubt, seine Aufgabe am besten lösen zu können, wenn er sich der 1 a umgekehrt als Spitzel zur Verfügung stellte. Für die KPD. wollte er die 1 a bespitzeln, für die Abteilung 1 a wollte er die KPD. bespitzeln. Niemand kann aber zween Herren dienen. Rausch kam bald in Interessenkollusion. Da er fand, daß die 1 a besser als die KPD. zahlte, stellte er an die KPD. eine „Lohnforderung", verlangte eine „Tariferhöhung" und drohte bei Nichterfüllung mit „Streik". Die T.-Gruppe beschloß, ihn zu „erledigen" und der Führer der T.-Gruppe, Felix Neumann, knallte Rausch nieder. Leider lebte Rausch noch einige Tage und konnte Neumann und Genossen zur Anzeige bringen. Daneben spielen noch andere Spitzel eine Rolle, wie eine Angestellte der Viva, Annie Zehnpfund alias Annie Gerber, die in der Viva in aller Gemütsruhe Spitzelberichte an die Abteilung 1 a schrieb, die Fabrikation von belastendem Material aufgenommen hatte, dasselbe in die Schränke der „Viva" legte, dann eine Haussuchung veranlaßte, wo dieses Material „gefunden" wurde usw. Wie man sieht, eine Spitzelkloake ohnegleichen; wenn man den Deckel hebt, wird die Luft vom Gestank verpestet.

Felix Neumann, der Leiter der T.-Gruppe, scheint nicht von Anfang an ein Spitzel gewesen zu sein. Seinen Fall kann man nur psychologisch verstehen. Es gibt gewisse Abenteurernaturen, denen selbsterlebte Sensation alles ist. Sie sind grobartig im Pläne schmieden, scheuen auch nicht vor der Durchführung derselben zurück, begeben sich selbst ohne Furcht in die gewagtesten Situationen und gefährlichsten Lagen und sind zu allem bereit. Nur das Gefährliche kann sie locken. Sie sind Abenteurer aus Perversität. Aus innerer Ueberzeugung sind sie aber nicht bei der Sache. Sie sind nur von einem überzeugt, daß sie und gerade sie allein diesen Posten ausfüllen können. Wo sie im Augenblick stehen, hängt mehr vom Zufall ab als von ihrer Ueberzeugung. Sie organisieren illegale Organisationen jeder Art — Terrorgruppen, Spitzel- („Nachrichten"-) Abteilungen, Waffenlager, militärische Kaders, Banden, usw. — bei den linksstehenden proletarischen Organisationen oder bei den rechtsradikalen Organisationen, oder sie sind Spitzel für alle möglichen Organisationen, haben gewissermaßen ihren eigenen Laden aufgemacht, — wie seinerzeit Ahlers in Hamburg — oder sie werden Berufsverbrecher, internationale Hochstapler, internationale Spione usw. Genau so gewagte Pläne wie auf illegalem Gebiet schmieden sie evtl. auch auf politischem Gebiet, schließen Bündnisse mit dem Feind, um ihn zu übertölpeln, sind aber gewöhnlich selbst die Hereingefallenen. (Georg Kunz in Ludwigshafen, die Separatistenbewegung.) Sie werden dadurch zu Verrätern an der Arbeiterklasse. Nicht, daß sie es wollen, o nein sie sind selbst stolz auf ihre Schlauheit, und merken erst, daß sie in der Schlinge sitzen, wenn es zu spät ist, wenn sie nicht mehr zurück können. Solch eine Natur ist auch Felix Neumann, er wurde zum Spitzel, zum Verräter an seinen Genossen erst, als ihn die Justiz beim Kragen hatte. Der Hauptverantwortliche der T.-Gruppe, des Mordversuches überführt, gab es für ihn kein Zurück mehr. Und nun riß er alle seine Genossen mit hinein. Solche Abenteurernaturen sind durch ihre Auswirkungen eine Gefahr für die Bewegung; sie sind nicht als Spitzel oder Nichtspitzel zu bewerten, sondern nur pathologisch. Ihre Gehirnwindungen sind eben anders als bei den andern. Trotzdem sie infolge ihrer Veranlagung sich zu illegalen Pläneschmieden drängen, müssen sie von solchen mit allen Mitteln ferngehalten werden.

Dieses ist der subjektive und der psychologische Hintergrund des Leipziger Tscheka-Prozesses. Der parteipolitische Hintergrund wird auf Seite 3 dieser Nummer näher aufgezeigt. Nur auf eins sei an dieser Stelle hingewiesen, daß illegale Organisationen oft dem Gegner mehr Vorteil bringen als denjenigen, die sie aufziehen, selbst; daß „Nachrichten-Abteilungen" — Spitzelapparate — zugleich auch die Aufrichtung von Spitzeln in den eigenen Reihen bedeutet, und daß die durch den Charakter der illegalen Organisationen bedingte bedingungslose Unterordnung unter unbekannte „Obere" erst die Atmosphäre schafft, in der Spitzel gedeihen können.

Zu gleicher Zeit bewegt eine andere Nachricht den deutschen Blätterwald: In Moskau sind drei deutsche Studenten, die eine „Studienreise" unternommen hatten, vor mehreren Monaten wegen Spionage und konterrevolutionärer Umtriebe verhaftet worden. Die Russen behaupten, dieselben gehörten der Organisation Consul an und hätten Attentate geplant. Die deutschen bürgerlichen Blätter und Parteien — allen voran die Sozialdemokratie und Theodor Wolff vom Berliner Tageblatt — wiederum behaupten, es seien harmlose Studenten, dumme Jungens, die wohl früher Nationalisten waren, inzwischen aber Kommunisten geworden sind und ihre Studienreise aus Begeisterung für Rußland unternommen haben. So kritisch man auch der Tscheka in Rußland, — oder vielmehr der GPU., wie sie sich jetzt nennt, — gegenüberstehen mag, soviel man auch weiß, daß jeder Revolutionär, der es wagt, gegen die NEP. zu operieren, von der Tscheka unschädlich gemacht wird, daß die „Linken" in den Gefängnissen sitzen, so sehr weiß man aber auch, daß die Tscheka einen Bourgeois nur verhaftet, wenn er sich ihr offen als Feind gegenüber stellt. Ein liberaler Bourgeois ist ihr Verbündeter, selbst ein Reaktionär vom Schlage eines Grafes Reventlow und Dr. Stadler. Nur derjenige, der offen gegen ihren Bestand kämpft, wird verfolgt. Und wenn die bürgerlichen Blätter auf die Erfahrungen eines Popoff, der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" in Moskau war und ausgewiesen wurde, hinweist, so braucht man nur Popoffs Buch „Tscheka" wirklich zu lesen, um den Beweis zu haben, daß dieser Bursche in Rußland selbst eine Spionageorganisation aufgezogen hatte. Die Tscheka, der staatliche Spitzelapparat der russischen Regierung, ist selbstständlich auch, wie alle Spitzelapparate, mit gegnerischen Spitzeln durchsetzt. So, um einige Beispiele herauszugreifen, kam 1921 ein „Gothaer KPDist" mit vollgültigen Ausweisen nach Petersburg, wurde dort militärischer Lehrer an einer Roten Offiziersschule und später sogar Tschekist. In Wirklichkeit aber war es — ein Berliner Kriminalbeamter der Abteilung 1 a. Und umgekehrt kam 1921 aus dem Innern Rußlands ein sehr sprachenkundiger „Kommunist" nach Petersburg, wurde dort Redakteur der Zeitschrift: „Die Kommunistische Internationale", später sogar die rechte Hand von Sinowjew, fuhr dann, mit einem persönlichen Empfehlungsbrief von Sinowjew versehen, nach Deutschland, war aber auch ein Spitzel. Alles dieselbe Atmosphäre, alles dieselben Abenteurernaturen. Auch bei den drei deutschen Studenten kann man den Russen schon glauben, daß die Burschen von der Organisation Consul nach Rußland geschickt sind. Ihr Schicksal braucht uns nicht weiter interessieren. Der Leipziger Tscheka-Prozeß — die drei Studenten in Moskau, alles ist aber eine Linie. Es zeigt, daß Spitzeltum und illegale Organisation untrennbar verbunden sind. Die Aufgabe des revolutionären Proletariats kann nicht sein, in Revolutionsspielerei zu verfallen, illegale Organisationen und Organisationchen aufzuziehen, sondern die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Kampfes in die Hirne der Proletarier hineinzuhämmern, den Willen zum Kampf im Proletariat zu wecken und die Waffe zum Kampf, den Weg zum Siege dem Proletariat aufzuzeigen. Das ist unsere Aufgabe, dieser Aufgabe wollen wir alle Kräfte widmen.

Auf dem toten Punkt

Seit mehreren Monaten versucht das deutsche Kapital die deutsche Wirtschaft wieder flott zu machen. Das Londoner Abkommen hat den Rahmen gegeben, in dem die Regulierung des sogenannten Aufbaus der Wirtschaft erfolgen sollte. Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß die Zwangsjacke weder dem deutschen noch dem französischen Kapital paßt. Von beiden Seiten sind Bestrebungen im Gange, das Reparationsproblem von neuem aufzurollen. Frankreich schiebt jetzt von neuem die Sicherheitsfrage in den Vordergrund und weigert sich mit Hilfe des englischen Kapitals die Räumung der Ruhr vorzunehmen. Die Kölner Zone, welche nach dem Buchstaben des Versailler Vertrages am 10. Januar 1925 von der Besetzung frei sein sollte, bleibt weiter in der Hand der Engländer. Es liegt darin gewiß System. Die pazifistische Aera von Macdonald ist vorüber. Das englische Kapital konzentriert sich nicht mehr auf Europa, sondern sucht sein Imperium wirtschaftlich zusammenzufassen und zu einer wirtschaftlichen und damit auch zolltechnischen Einheit auszubauen. Der europäische Ausgleich unter seiner Leitung ist ihm deshalb gleichgültiger geworden. Dies geht am besten daraus hervor, daß es jetzt energischer als je die Begleichung der französischen Schulden verlangt. Die Tatkraft, welche hierbei vom englischen Kapital entwickelt wird, steht in keinem Gegensatz zu den Konzessionen, die es auf der anderen Seite dem französischen Kapital zur Erlangung von Sicherheiten macht. Es gewährt ihm geradezu diese Sicherheiten, es liefert ihm die Rheinprovinz aus, weil es dadurch hofft, Kapital zum Ausbau seiner großimperialistischen Pläne frei zu bekommen. Die Rheinlandfrage ist damit zu einem Tauschobjekt bei den französischen und englischen Interessen geworden. Der intensive Notenaustausch, welcher gerade jetzt während der laufenden Räumungsverpflichtung Frankreichs gepflogen wird, beweist am besten die Abhängigkeit bei den Fragen.

Das französische Kapital befindet sich demgegenüber in einer außerordentlich schwierigen Lage, da das amerikanische Kapital gleichzeitig auch seine Forderungen anmeldet und auf Regelung dringt. Es ist dies keineswegs verwunderlich, da das französische Kapital bisher noch nicht einmal Zinsen gezahlt hat. Die Schulden an die alliierten Mächte betragen allein 125 Milliarden Francs und zwar zusammen mit den Zinsen. Davon kommen 69,30 Milliarden auf die Vereinigten Staaten und 55,70 Milliarden auf England. Dazu kommen noch 19,5 Milliarden kommerzieller Schulden aus verschiedenen Handelszwecken dienenden Anleihen und Bankkrediten. Fast das doppelte der Auslandsschulden machen die inneren Schulden mit 280,6 Milliarden Francs aus. Dieser Schuldenlast steht ein Aktivum von 15,1 Milliarden an das Ausland g

einer bestimmten Summe für die Rückzahlung der Schulden an England von einer Gegenleistung in der Sicherheitsfrage abhängig. Da nach dem Londoner Abkommen das Ruhrgebiet bis zum 1. August 1925 zu räumen ist, so ist es für das französische Kapital von äußerster Wichtigkeit, die Räumung Kölns bis zu diesem Termin herauszuschieben. Die Weigerung der Räumung ist bisher mit Verfehlungen Deutschlands in der Abrüstungsfrage begründet worden. Es müssen also die Verpflichtungen Deutschlands in der Abrüstungsfrage so gestellt werden, daß sie dem franz. Kapital weitere Eingriffsmöglichkeiten belassen und vor allen Dingen das deutsche Kapital vollständig entwaffnen. Die Begründung ist außerordentlich schön und spricht durchaus für die „pazifistische" Entwicklung des „neuen" Frankreich. Es sollen dadurch nämlich Ausgaben für Rüstungen und Rüstungskredite zu Zahlungen an England freigemacht werden. Nur unter diesen Umständen könne sich das französische Kapital zu Zahlungen verpflichten, die unabhängig von den Eingängen aus den deutschen Reparationsverpflichtungen bestehen.

Das englische Kapital ist nach außen selbstverständlich gegen eine Verbindung der Schulden und der Sicherheitsfrage. Es wird sich hierzu aber sicher bereit finden. Schließlich ist auch die Lage des englischen Kapitals nicht allzu glänzend. Es muß auch darauf sehen, daß es in stärkerem Maße flüssig wird. Seine Handelsbilanz zeigt im Jahre 1924 ein außerordentlich hohes Defizit auf. Der Einfuhrüberschuß hat sich gegenüber dem Vorjahr um mehr als 50 v. H. gesteigert und steht noch erheblich über dem bisher schlechtesten Jahr 1921. Die Kurve bewegt sich seit 1913 in 1000 Sterl. folgendermaßen:

1913	133 900
1921	277 774
1922	180 157
1923	212 351
1924	344 328

Das „Board of Trade Journal" hat wie alljährlich die Zahlungsbilanz zusammengestellt, d. h. es hat die sonstigen Einnahmen aus dem Finanzexport, der Schiffahrt und dem Kommissionsgeschäft geschätzt und ist dabei zu folgenden Resultaten in 1000 Sterl. gekommen:

Ueberschuß der Zahlungsbilanz.

1913	181 000	1923	102 000
1922	154 000	1924	29 000

Diese dauernde Verschlechterung der Zahlungsbilanz zwingt das englische Kapital zur Eintreibung seiner Schulden.

Die Gegenkampagne gegen die französisch-englischen Bestrebungen wird vom deutschen Kapital sehr eifrig betrieben, trotz der innerpolitisch mehr auf die Aufdeckung von Finanzskandalen eingestellten Politik. Sie geht unter diesen Sensation fast verloren. Der Reichskanzler Luther bereitet dauernd das Rheinland und sucht eine neue Einheitsfront „gegen die Ruhrbesetzung" zusammenzubringen. Das Rheinland soll wieder der Ausgangspunkt für einen neuen Widerstand gegen die „Erfüllungspolitik" sein. Ein neuer gemeinsamer Vorstoß soll organisiert werden. Die Situation ist ähnlich der Lage Ausgangs 1922-23. Das Ruhrkapital rebelliert wieder gegen die deutsche Einheit. Die 700 Millionen Goldmark sind ihm zu gering, außerdem hat es sie ja schon zum größten Teil verbraucht. Die Handelsverträge, auf die es erhebliche Hoffnungen gesetzt hatte, sind nicht zustande gekommen. Der ganze Produktionsapparat liegt fast still. Die Zukunftsaussichten sind infolgedessen außerordentlich schlecht. Es gilt daher, das Londoner Abkommen um jeden Preis zu revidieren. Das deutsche Kapital im unbesetzten Gebiet setzt wieder alles daran, um sich das Ruhrgebiet zu erhalten. Reichskanzler Luther verkündet:

Freitag, den 20. Februar 1925

Allgemeine Mitglieder-Versammlung Groß-Berlin

in Bockers-Festsälen, Weberstr. 17

Das Erscheinen jedes Mitgliedes ist Pflicht!

„Rheinlands Schicksal ist Deutschlands Schicksal, Rheinlands Freiheit ist Deutschlands Freiheit." Es ist dies keine leere Phrase. Das deutsche Kapital hat alles Interesse, das Rheinland nicht zu einer „Reparationsprovinz" werden zu lassen. Es will dem französischen Kapital kein Faustpfand für die Erfüllung in der Hand lassen. Der Ruhrkrieg hat das deutsche Kapital nicht weniger als 13 Goldmilliarden gekostet, ohne daß dabei der Schaden mit berechnet wird, welcher durch die Aufwendung dieses Betrages der gesamten Wirtschaft zugeführt worden ist. Das deutsche Kapital zahlt die Reparationen vorwiegend mit der Produktion des Ruhrgebietes. Wenn sich das Ruhrgebiet durch eine Loslösung in wirtschaftlicher oder politischer Form dieser Verpflichtung entzieht, so bleibt die Last auf dem Restgebiet. Früher hoffte das deutsche Kapital sich durch einen Bankrott den Zahlungen entziehen zu können. Dieser Traum ist durch die harten Tatsachen gründlich zerstört. Das Ententekapital konfisziert jeden Profit und das deutsche Kapital muß seine Produktion weiter aufrecht erhalten, wenn es existieren will. Deshalb muß es weiter produzieren. In der kapitalistischen Wirtschaft kann eine nationale Wirtschaft auf industrieller Basis durch Sabotage seiner Verpflichtungen das es mit Rohstoffen etc. beliefernde ausländische Kapital zum Verzicht auf seine Forderungen zwingen. Eine Einstellung der Produktion würde Selbstmord bedeuten, für den keine Veranlassung vorliegt, solange es noch ein ausbeutungsfähiges Proletariat gibt.

Das deutsche Kapital muß also einen Weg finden, durch den es das Ruhrgebiet an das deutsche Reich fesselt. Dazu gehört vor allem die Durchsetzung der Räumung, die Trennung von dem französischen Kapital. Die Sonderstellung, die der Schwerindustrie schon bei den deutsch-französischen Handelsvertrags-Verhandlungen eingeräumt wurde, zeigt schon ein außerordentliches Entgegenkommen. Man geht weiter und verspricht auch noch „berechtigte Anstände der Alliierten in der Entwaffnung auf das schnellste auszuräumen." Die deutsche Reichsregierung erklärt sich auch bereit, „an der Lösung der Sicherheitsfrage weiter mitzuarbeiten". Wieder wird zur Einheitsfront aufgerufen, wieder soll die Parole gegen den äußeren Feind die inneren überwinden helfen.

Es beginnt ein neuer Ruhrkrieg. Das deutsche Proletariat darf sich nicht noch einmal von patriotischen Phrasen fangen lassen. Es muß die Nöte des Kapitals zur Führung seines revolutionären Kampfes benutzen.

Politische Rundschau

Der „Rote Frontkämpferbund", E. V.

Die Kommunistische Partei hat vor einiger Zeit in getreuer Nachahmung der Sozialdemokratie den „Roten Frontkämpferbund" gegründet und zwar, damit niemand in die Lage kommt, sein rechtliches Bestehen anzufechten, gleich als eingetragener Verein. In der äußeren Aufmachung sich in nichts vom Reichsbanner schwarz-rot-gold unterscheidend, soll der Rote Frontkämpferbund eine Zusammenfassung revolutionärer Arbeiter sein.

Zu welchem Zweck? Zur Beantwortung dieser Frage ergibt sich die Notwendigkeit, sich mit der allgemeinen Taktik der Komm. Partei zu befassen, um dann die Folgen überschauen zu können die diese Taktik, angewandt auf den Roten Frontkämpferbund zeitigen muß. Da ist zunächst eines festzustellen. — Die Komm. Partei ist bei der Gründung des Roten Frontkämpferbundes ihren Prinzipien gefolgt, das heißt, sie hat sich mit anerkennenswertem Eifer bemüht, der Massenspyche logische Rechnung zu tragen. — Daß sie damit auch schon rein äußerlich ihren revolutionären Charakter von einst vergessend, sich auf den Weg der Sozialdemokratie begibt, ist den leninistischen Taktikern nebensächlich; die Hauptsache ist und bleibt, daß die „revolutionäre" Massen der Komm. Partei treu bleiben, da sie ja von ihr nun die gleichen Uniformen erhalten, wie sie ihnen von der Sozialdemokratie versprochen wird. Wer die Rolle der politischen revolutionären Partei klar erkennt, weiß, wieviel diese „revolutionären" Massen ihr in der heutigen Epoche bedeuten. Und hier zeigt sich auch klar das Gefährliche einer Massenpartei, wie die KPD. sie propagiert und praktisch aufzubauen bemüht ist, denn die Komm. Partei kommt in ihrem Bestreben der (heutigen) Einstellung der Masse so weit entgegen, daß sie die Frage der Revolution zu einer Frage der Uniform herunterwürdigt. — Mit der Gründung und dem Aufbau des Roten Frontkämpferbundes hat die Komm. Partei bewiesen, daß der Leninismus ihr den Weg zur Erkenntnis von der Rolle und den Aufgaben einer revolutionären Partei vollständig verschlossen hat, daß sie ganz bewußt den Weg der Sozialdemokratie geht.

Und noch eins beweist der Rote Frontkämpferbund. Daß die Komm. Partei gewillt ist, den Weg der illegalen Spielerei, den sie seit 5 Jahren wandelt, weiter weiterzugehen. Es ist ein eigen Ding um die illegale Arbeit der Komm. Partei. Es ist eben sehr schwer, auf der einen Seite treu zur Fahne des Reformismus zu stehen und auf der anderen Seite sein revolutionäres Gesicht zu heben durch den Nervenkitzel illegaler Spielerei. — Diese Taktik beweist die völlige Unkenntnis der III. Internationale von den Vorbedingungen der Illegalität.

Es steht wohl außer Zweifel, daß die Komm. Partei versuchen wird, im Roten Frontkämpferbund illegale Arbeit zu leisten, das heißt, eine Bewaffnung durchzuführen, wie sie ja aus allen Spielereien der Komm. Partei Deutschlands hinlänglich bekannt ist, eine Bewaffnung, die angesichts der ungeheuer mächtigen Kampfmittel, über die die Bourgeoisie verfügt, einfach albern wirkt und die Aufmerksamkeit des Proletariats von den neuen Kampfmitteln und Kampfmethoden mit denen es im Falle eines bewaffneten Aufstandes zu rechnen hat, vollständig ablenkt. — Schon die Tatsache, daß die KPD. die Revolution in eingetragenen Vereinen zu organisieren sucht, legt ein beredtes Zeugnis von der Dummheit und Gewissenlosigkeit ihrer Führer ab.

Wir können die Genossen nur immer wieder darauf hinweisen, daß die KPD. nach ihren eigenen Feststellungen 5 Jahre restlos falscher Taktik hinter sich hat, und wir können diese Feststellung dahin ergänzen — so weit kann die KPD. selbstverständlich nicht gehen — daß dieser falschen Taktik nicht hunderte, sondern tausende von Arbeitern zum Opfer gefallen sind. Wenn heute die KPD. ihr Amnestiegeschrei erhebt, so stellen wir daneben groß und drohend die Frage: „Wie viele dieser 8 000 sind auf Konto erarer Gewissenlosigkeit zu buchen?" Ein ungeheures Verbrechen am Proletariat ist es, heute durch dieselbe Taktik neue Opfer in die Zuchthäuser zu bringen. Opfer, die nur der Revolutionsromantik und Sensationslust einiger gewissenloser Führer gebracht werden, und deshalb weil um einiger Personen willen die 3. Internationale zu einer blutigen Farce geworden ist, gilt es, im Interesse der Revolution ihr den schärfsten Kampf anzusagen, einen schärferen Kampf, als der Sozialdemokratie und der ganzen Front der Konterrevolution. Es gilt, ihr die Heuchlermaske vom Gesicht zu reißen, die auf der Seite unter der Fahne des Reformismus sichere Posten schafft für ihre Bonzen und auf der anderen Seite für gutes Propagandamaterial sorgt, wenn sie durch ihre Taktik die Zuchthäuser der Ebertrepublik füllt. Unter diesen Gesichtspunkten schärfster Kampf dem Roten Frontkämpferbund, der auf der einen Seite den Reformismus und auf der anderen Seite die gefährlichste Revolutionsromantik pflegt.

Wir wissen, daß die Revolution nicht eingetragene Vereine braucht, sondern daß ihr Fundament das Proletariat in den Betrieben ist, wir wissen, daß illegale Arbeit in eingetragenen Vereinen nur unnütze Opfer fordert, daß diese Taktik das größte Verbrechen am Proletariat und an der Revolution ist, das Führerwahnsinn nur ersinnen konnte. — Diesem Verbrechen ist nur zu begegnen durch Schaffung unerbittlicher Klarheit in den Hirnen der Arbeiter, die sich heute von einer Bonzenklique noch als Werkzeug gebrauchen lassen.

Offener Brief aus dem Zuchthaus an die KAPD., die AAU. und an deren Nachfolger und Erben

(Fortsetzung.)

Ein Wort an die „Essener" K. A. P. D.

Was für „Eure Feinde", die „Berliner" gilt, habe ich zum großen Teile auch zu sagen! Ich kann mich darum hier kürzer fassen.

Ihr seid vor allem stolz auf eure Abspaltung. Ich will auch diesen Stolz nicht nehmen. Aber ich beneide euch nicht hierum. Aber, ob die Spaltung wirklich notwendig war, darüber sind auch in euren Reihen die Meinungen nicht einheitlich (ebenso wie bei den „Berlinern"). Und sie werden es noch mehr nicht sein, je weiter die Zeit fortschreitet, die Momente der Leidenschaft den nüchternen Erwägungen der ruhigen Betrachtung Platz machen. Meinungsverschiedenheiten werden stets auftauchen in einer Gemeinschaft, die sich vorgenommen hat, angeblich gleichgerichtete Ziele zu verfolgen. (Die Ziele sind nicht so gleichgerichtet, wie man gemeinhin annimmt. Das Individuelle überwiegt nicht selten, zum mindesten wirkt es ablenkend oder verwirrend.)

Es dürfte in der Regel zweckmäßiger sein, eher durch gründliche Aussprache Brücken zu schlagen als die Kluft zu erweitern und die vorliegbare Kraft darauf anzuwenden, den Freund und Artgenossen — (und als solchen seht ihr und müßt ihr die „Berliner" doch immer noch ansehen!) zu bekriegen. Nun stelle ich ja fest, daß nicht euch allein die Schuld an dem Zerwürfnis trifft, sondern die „Berliner" Genossen trazen ihr gerüttelt Maß mit. Auf beiden Seiten fehlte der gute Wille. (Am Ende wird euch zum Lohne hierfür ein weniger „guter Wilhelm", Freude. Kann noch alles werden!?)

Was sind denn nun eigentlich die Differenzpunkte? Ablehnung des rein-wirtschaftlichen — (ihr scheint damit gewerkschaftlich gearteten) — Streiks; des sogenannten Lohnstreiks. Sind sich darüber die „Berliner" nicht auch einig? Sind wir uns dessen nicht alle einig? Schon längst. Ihr aber wollt entschiedener — theoretisch klarer — sein. Gut. Als Organisation. Nicht als — Einzelmenschen!! Und dafür eine neue Theorie. Auch gut. Aber, das anerkennen die „Berliner" und die andern ja auch. Auch ich. Eben — soweit es sich um rein wirtschaftliche — also gewerkschaftlich geartete Kämpfe Akademie der Revolution, ich will auch ähnlich wie ihr, Intellektueller geworden. Also nicht. weil diese Genossen Theoretiker und Intellektuelle sind, sondern, weil sie intellektuell handelt. — Und — praktisch genommen — auch die Organisation wird nicht immer vermeiden können, (auch nicht euer entsprechende Stellung zu nehmen zu diesen, sich leider notwendig (und noch für lange Zeiten) ergebenden Wirtschaftskämpfen und in deren Gefolge gelegentliche Solidarität mit den noch nicht soweit wie ihr, ideologisch fortgeschrittenen oder gar konterrevolutionär eingestellten Massen der Arbeiterschaft. Auch „Streikunterstützung" könnt ihr nicht umgehen. Ebensowenig, wie ihr die — „Inhaftierten" usw. Unterstützung ablehnen könnt und wollt. Das ist Solidarität. Diese lehnt ihr nicht ab. Und denkt doch mal nach: Ist denn nicht überall die Barrikade?! Nicht nur im offenen Straßenkampfe, sondern gerade im Betriebe. Gerade im Betriebe, Genossen! Das ist eure Meinung, die ich hier lediglich registriere.

Die Organisation ist das Schutz- bezw. Abwehrkampfmittel — (unser Klassenkampf bleibt letzten Endes ein Abwehrkampf!) des einzelnen gegenüber der vorgebenden organisierten Gegnerschaft. Als Einzelmenschen müssen wir ja dauernd Kompromisse schließen (Ehe, Erziehung, Steuerzahlen für den Ausbeuterstaat usw.) — aber nur soweit wir es nicht umgehen können. Die Verhältnisse sind noch stärker, als das Einzelindividuum. Das wißt ihr alle selbst. Eine theoretische Scheidung zwischen den kämpferischen Aufgaben des Einzelnen und der Organisation ist eine Zweiseelen-Theorie (auch „Dualismus"). Formell betrachtet, eine Ueberspitzung der Theorie nach einer Richtung hin.

Haben wir als Einzelmenschen die Aufgabe, gegen das Kapital zu ringen, so haben wir als Organisation — als die Zusammenfassung der Einzelwillen, die gleichen Aufgaben. Und umgekehrt. Eines deckt das andere.

Und wenn ihr bei Brüderorganisationen des Auslandes Anklang gefunden — worüber ihr euch allerhand zugute tut — so ist das in nicht hemmenswert größeren Ausmaßen, als euch „Berlinern" auch gelungen. Wo wird einer, der eine Sache verficht, nicht Freunde finden? Und wenn der Genosse Gorter jetzt eine Broschüre geschrieben — ja quasi zu eurer Rechtfertigung, so lassen wir ruhig diese „Rechtfertigung" gelten, nicht aber die Pflicht außer acht wenigstens den Versuch zu unternehmen, die Verständigung anzubahnen. Und ich will euch eins nicht verhehlen: Wenn gewisse Genossen als intellektuelle Theoretiker theoretische Abhandlungen als Artikel und Broschüren schreiben, so habe ich ein gewisses Mißtrauen. Ohne, daß ich die Intellektuellen als Intellektuelle verdamme. Denn z. B., wenn ich noch Jahre im Zuchthaus bin — auf dieser neue Nur-Theoretiker sind. Sie sind dem tatsächlichen Leben recht entfremdet. Und wenn sie auch geistig höher stehen, geistig weiter fortgeschritten sind als die Mehrzahl der Genossen, so bleibt ihre Theorie doch tot, weil sie eben nur und Nur-Theorie ist, nicht wenn sie noch so „revolutionär" im Anfang ist nun freilich alles Theorie (Gedanke). Ob wir den kleinen Finger krümmen wollen, oder einen Menschen töten, erst muß diese Angelegenheit theoretisch (zedanklich) im Hirn geklärt worden sein, mag sie auch bereits gewohnheitsmäßig vorstatten gehen. Doch der bloße Gedanke bleibt nur Gedanke — eben Theorie. Theorie wird nur Leben, Tat, wenn sie sich in die Praxis umsetzt. Da ihr eure Theorie nicht in die Praxis umsetzt, und das könnt ihr nicht, ebensowenig wie die „Berliner" — so ist es ganz ohne Belang, wer in der Spekulation der Gedanken sich im Rechte befindet. So steht aber nichts an, daß ihr mit den „Berliner" wieder gemeinsam geht, um so mehr Geschlossenheit aufzubringen, als das bisher geschehen.

Nun ist ein Streit — ein großer „weltbewegender Streit" zwischen euch entstanden. Ein Streit, der sich nicht mehr um Theorie und Taktik, sondern um persönliche Kleinigkeiten dreht. Die „Berliner" mögen ja mehr schuld sein als ihr. Aber wer sind die „Berliner"? Es sind die gleichen ringenden Menschen wie ihr. Und eure „Führer" sind auch gewißlich nicht „besser", als die „Berliner" und deren „Führer", mögen das nun intellektuelle Proletarier oder proletarische Intellektuelle sein.

Es geht doch letzten Endes nicht um die Vereinigung mit den „Berlinern", sondern — und darum erhebe ich euch den Kerkernest meine Stimme — um die Schaffung der größeren Organisation — auf möglichst breiter Basis. Auch ihr habt die alten grundlegenden Programme der KAP.-AAU. (BO.) anerkannt und anerkennt sie noch.

Besonders euer Genosse Schröder hat so manches hierüber geschrieben und veröffentlicht.

Aber — (was den „Berlinern" auch ebenso gilt): das damalige große Geschrei über die „Organisationszerstörer" (weil sie die Partei ablehnten), derer um Rühle, Dresden-Ostsachsen, könnte am ehesten auf euch (die „Berliner" eingeschlossen!) angewendet werden. Ihr habt — mit den „Berlinern" wohl eine „Partei" aufrechterhalten, aber ihr habt — mit den „Berlinern" — eine organisatorische Bewegung zerstört!!

Ihr habt, Genossen, schlecht gewuchert mit den Pfunden, die euch anvertraut. Anstatt sie zu verzehnfachen, habt ihr alles ausgegeben. Das, was ihr noch besitzt, ist nicht der Rede wert.

Ihr seid — beide — „Essen" und „Berlin" — die „Partei"-bezw. Organisationszerstörer!! Das ist eure bereits geartete Schuld vor der Geschichte. Ich stelle das fest. Aber euch bleibt die Sühne offen.

Das ideologische Fundament des Putschismus

In den jetzt schwebenden deutschen politischen Prozessen sind sehr deutlich zwei Gruppen zu unterscheiden: auf der einen Seite steht der Hamburger Oktoberaufstand 1923 als der Ausdruck einer, wenn auch politisch noch unklaren und widerspruchsvollen, proletarischen Massenbewegung, — auf der anderen Seite erscheinen im Vordergrunde das soeben beendeten Potsdamer Feldflaschen-Prozesses und des vor dem Staatsgerichtshof kürzlich begonnenen Prozesses gegen Felix Neumann u. Genossen (d. h. gegen die „deutsche Tscheka") typische Akte individuell-terroristischer Kampfweise. Es dürfte wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß die bürgerliche Klassenjustiz selbstverständlich in beiden Prozeßarten — in Hamburg sowohl wie in Leipzig und Berlin-Moabit — gegen das gesamte Proletariat vorstößt, und daß ferner die herrschende Klasse besonders die Berlin-Leipziger Attentatsprozesse mit allen Mitteln gegen die KPD. ausschlachtet. Die KPD. ihrerseits läßt — obwohl doch im Hamburger Aufstands- wie im Leipziger „Tscheka"-Prozeß langjährige und teils leitende Mitglieder ihrer Partei auf der Anklagebank sitzen — den beiden Gruppen von Gerichtsverhandlungen eine einheitliche verschiedene Beurteilung widerfahren. Die Hamburger Angeklagten sind in den Augen der KPD. proletarische Helden, deren „ehrenhafte" (!) Gesinnung sogar der Staatsanwalt anerkennen muß und deren Verurteilung zu Festung der Partei nur neue Sympathien verschaffen könne. — diejenigen Proletarier und Mitglieder ihrer Organisation hingegen, die sich wegen geplanter Einzelterror-Akte mittels Bomben, Cholerabazillen und Revolver zu verantworten haben, sind Verführte, die dem Lockspitzeltum zum Opfer gefallen sind und mit aller Entschiedenheit weist sich die KPD. in diesen Tagen dagegen, daß sie solche individuellen Terrormaßnahmen propagiert oder auch nur irgendwie gefördert habe.

Immerhin, wenn man bedenkt, daß die geplanten Anschläge auf General Seeckt, Hugo Stinnes u. a., daß das geplante Bombenattentat auf die Teilnehmer der Potsdamer Denkmalsweihe, daß diese und ähnliche Aktionen tatsächlich zum guten Teil von Spitzeln inszeniert wurden, so hat die KPD. tatsächlich betrachtet, gewiß eine Berechtigung dazu, wenn sie vor der Oeffentlichkeit laut und deutlich ihre Gegnerschaft zum individuellen Terror kundgibt. Und sie benutzt vor allem den „Tscheka"-Prozeß, um in ausgiebigster Weise ihre ablehnende Stellung zum individuellen Terror darzulegen. Sie weist in ihrer Presse auf diesbezügliche Auslassungen Lenins hin und von den lebenden Größen der 3. Internationale sind es keine Geringeren als Sinowjew, Bucharin und Bela Kun, die auf drahtlichem Wege der „Roten Fahne" den Beweis liefern müssen, daß die KPD. keine Verschwörergruppe ist, sondern eine Massenpartei, und deshalb eine Feindin des individuellen Terrors. Mit diesen Feststellungen schüttelt also die KPD. ihre vor dem Staatsgerichtshof stehenden Mitglieder politisch von sich ab, aber sie muß dies besonders aus dem Grunde tun, um ihre parlamentarische Salonfähigkeit zu beweisen. Um des letzteren Zweckes willen war es schon nicht anders zu erwarten, als daß die KPD. in den bekannte Attentatsplänen lediglich nur ein Werk von Lockspitzeln sieht.

Aber so sehr auch die KPD. jetzt von den seinerzeitigen abenteuerlichen Attentatsabsichten einzelner ihrer Mitglieder abrückt, und heute absolut nichts mehr mit Potsdamer Feldflaschen und „Deutscher Tscheka" zu tun haben will, so ist ihre jetzt so laut verkündete Ablehnung individual-terroristischer Kampfmethoden doch nur eine theoretische, die praktisch keine Bedeutung hat. Daß die parlamentskommunistische Führerschaft wie auch ihre Moskauer Einpeitscher Gegner von Einzelterror-Akten sind, glauben wir ihnen gern. Aber dieselben Leute liefern in tatsächlich den Beweis, daß das Ablehnen an sich nur eine erbärmliche Phrase sein kann. Man bedenke doch, was z. B. die KPD. nicht alles „ablehnt": sie ist gegen den Reformismus in den Amsterdamer Gewerkschaften und zugleich seine stärkste Stütze, sie ist gegen den bürgerlichen Parlamentarismus und weckt zugleich ständig neue parlamentarische Illusionen in den Köpfen der Proletarier, die KPD. ist bekanntlich gegen alles mögliche und zugleich der eifrigste Bundesgenosse des russischen „Nep"-Kapitalismus. Warum soll sie also nicht auch gegen den individuellen Terror sein? Sie lehnt denselben „selbstverständlich" ab und fördert ihn aber zugleich durch das zwiespältige Wesen ihrer gesamten Politik. Es kommt ganz und gar nicht darauf an, was man sagt, — das Wesentliche sind vielmehr die Auswirkungen einer Politik. Und da muß unzweideutig festgestellt werden: die abenteuerlichen terroristischen Pläne der „deutschen Tschekisten" sind nur das zwangsläufige Produkt der widerspruchsvollen KPD.-Politik; der parlamentskommunistische „Radikal"-Reformismus ist der eigentliche Nährboden, das ideologische Fundament des individuellen Terrors.

Es ist das charakteristische Merkmal des Reformismus — des sozialdemokratischen wie des „nep"-bolschewistischen —, daß seine politischen Träger und Repräsentanten (die Wortführer der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Organisationen) in erster Linie einen Kampf gegen die Auswirkungen des kapitalistischen Systems führen, ohne den Arbeitermassen genügende Klarheit über die ausschlaggebenden gesellschaftlichen Ursachen und Grundlagen der bestehenden Verhältnisse zu übermitteln. Daraus folgt logischerweise, daß die reformistischen Führer die von ihnen erfaßten Klassenkräfte des Proletariats benützen, um Machtpositionen im kapitalistischen Staate zu „erobern". Da sich aber der bürgerliche Klassenstaat nicht auf solch schiedlich-friedlichem Wege umgestalten läßt, so sind diese „erobarten" Positionen für die Arbeiterschaft nur scheinbare Machtfaktoren und deshalb völlig wertlos und in Wirklichkeit nur Futterkrippen der „bewährten" Führerschaft. Es ist hinlänglich bekannt und gegenwärtig wieder erneut bewiesen, daß z. B. das A. und O. der sozialdemokratischen Politik heut nur noch in solchem „Klassenkampf" um Besetzung kapitalistischer Staatsstellen besteht.

Nun weicht gewiß die parlamentskommunistische Politik von dieser Linie der SPD.-Politik ab. Aber diese Abweichung ist nur eine graduelle und keine prinzipielle, die KPD. als der linke Flügel der Sozialdemokratie ist nur radikaler und ihre Politik verläuft in derselben Richtung. Auch heute noch, trotz der „Bolschewisierung", trotz der Abhaltung Brandlers, trotz der Ablegung der alten Walze „Arbeiter- und Bauernregierung" ist der echt reformistische Wesenszug noch deutlich sichtbar. Man vergegenwärtige sich nur: Die KPD. brüllt z. B. „hinweg" mit der Luther-Regierung, — als ob damit etwas an den gesellschaftlichen Verhältnissen geändert wäre; sie schreit „weg" mit Niedner — als ob dessen Amtsenthebung irgendwelchen Einfluß hätte auf die bürgerliche Klassenjustiz. Die KPD. lenkt also den Blick der Proletariermassen nicht auf das allein Entscheidende; auf den gewaltsamen Sturz des kapitalistischen Systems, — sie erweckt vielmehr die Illusion, als ob schon mit der Beseitigung irgendwelcher hervorragenden personellen Träger des Kapitalismus die Siegesaussichten des proletarischen Befreiungskampfes wachsen würden. Eine solche Politik muß konsequenterweise auch bestimmte Resultate zeitigen.

Diese „radikal"-reformistische, lediglich auf die Bekämpfung kapitalistischer Auswirkungen (Lohnkürzung durch Inflation, Faschistenparaden usw.) eingestellte Politik der KPD. bildete in der politisch bewegteren Zeit des Winters 1923—24, den eigentlichen Mutterboden, aus dem die abenteuerlichen Gestalten der „Deutschen Tscheka" naturnotwendig heraauswachsen mußten; der zusammengebrochene Burgfrieden zwischen Reventlow und Ruth Fischer — als die eine Auswirkung der reformistischen Versumpfung — wurde abgelöst durch sein, in derselben kleinbürgerlichen Ideologie wurzelndes Gegentell des Putschismus. Die reformistische Politik der KPD. mußte damals zu solchen individual-terroristischen Strömungen in ihren Reihen führen, wenn ihre verantwortlichen Leiter auch eine solche Entwicklung nicht gewollt haben. Es ist doch klar: eine Masse, der systematisch gepredigt wird, daß dieser oder jener Minister, General, Industrielle etc. schuld (d. h. also als Person) ist an diesem oder jenem Zustand, — eine solche in Unklarheit gehaltene Masse muß in Zeiten politischer Hochspannung zwangsläufig die aktiven Elemente gebären, die, wohl in gutem Glauben, aber in völliger Verkennung der Gesamtlage nun auf eigene Faust dem „Uebel" abzuhelfen gewillt sind. Wenn dann noch jegliche politische Aufklärung unterbunden wird durch romantische militärische Organisationsspielereien, wie sie seinerzeit in der KPD. an der Tagesordnung waren, so ist es wirklich nicht verwunderlich, wenn die aufgespeicherten Energien zur Entladung drängen in der falschen Richtung individual-terroristischer Betätigung.

Die damalige putschistische Auswirkung der parlamentskommunistischen Politik wurde endlich in hervorragendem Maße noch begünstigt durch die spezifische Eigenart der Moskauer Sektionen: durch die in ihnen herrschende „bolschewistische Disziplin", den Kadavergehorsam. Dieser Umstand, daß in der KPD. jedes selbständige Denken geradezu abgetötet ist, ermöglicht es selbstverständlich den Lockspitzeln (meistens die „Unbekannten"), daß sie, wenn sie erstmal festen Fuß gefaßt und Vertrauen sich erworben haben, die kritiklosen Gläubigen im Namen irgendwelcher geheimnisvollen „Revolutions-Komitees" zu den blödsinnigsten Streichen gewinnen können. Wenn heute die KPD. führerschaft alle Verantwortung für die abenteuerlichen Attentatspläne der „deutschen Tschekisten" dem Lockspitzeltum aufbürden will, so ist dies nicht nur ein Akt politischer Notwehr, sondern auch dazu bestimmt, die Aufmerksamkeit der Proletarier von der Tatsache abzulenken, daß der Charakter der „revolutionären" Massenpartei das dunkle Handwerk solcher Subjekte nur verschleierte.

In den jetzigen Attentatsprozessen tritt also wiederum der klassenkampffeindliche Charakter der parlamentskommunistischen Politik, der im Burgfrieden mit den „ehrlichen" Nationalisten und im wüstesten Putschismus gegen sie seinen prägnantesten Ausdruck findet, offen zutage und mit aller Schärfe in Erscheinung. Es wird nach wie vor unsere Aufgabe sein, den Arbeitermassen politische Klarheit über Ziel, Weg und Mittel ihres Befreiungskampfes zu vermitteln, damit sie die Waffe des proletarisch-revolutionären Klassenkampfes handhaben können, welcher nichts zu tun hat mit putschistisch-einzelterroristischen Husarenstückchen.

Gedenkt der Klassenkämpfer hinter den Kerkermauern! Sammelt und zeichnet auf die Listen der VRUK

Vereinigten Revolutionären Unterstützungs-Kommission

An die A. A. U. (Einheitsorganisation).

Und auch ihr, Genossen, seid gemeint. Bitte schließt euch nicht aus. Es gilt alles für euch mit.

Da schrieb mir ein in der Bewegung stehender Genosse, der zu euch zählt, daß auch er die Spaltungen, vor allem die Spaltung innerhalb der AAU. in verschiedene Gruppen, bedauert. „Es scheint aber ganz besonders in dem deutschen theoretischen Geist begründet zu sein, sich über derartige, nach meiner Ansicht rein theoretische Fragen die Köpfe zu zerschlagen. Und ich glaube auch, daß man sich solange darüber streiten wird, als man in dem seichten Wasser einer Ebbe schwimmt". — Sehr treffend gesagt. Der „deutsche" Geist, der theoretische Geist des Volkes, der Denker und Dichter. Des Volkes, das nur Nur-Geistes-Heroen, nur Nur-Theoretiker hervorgebracht, das in seiner durchschnittlichen Masse aber hinter dem Chinesen weit zurückstebt.

Und in dem „seichten Wasser einer Ebbe" schwimmt ihr. Nun, der Genosse, der mir dieses schrieb, kennt euch und arbeitet mit euch; er muß es also gut und aus der eigenen trüben Erfahrung wissen. Freilich bezieht sich das nicht nur auf euch, sondern wiederum auch auf die anderen.

Wir müssen schon vor dem großen Kampf — also noch in der „seichten Ebbe" den toten Punkt zu überwinden suchen. Denn im Kampfe selbst darf nicht mehr debattiert werden, wie es leider immer bisher geschehen ist, da müssen wir wenigstens wissen, was wir gemeinsam wollen, soll unsere gemeinsame Sache nicht gefährdet werden. Noch ist es Zeit, aber das Feuer brennt auf den Nägeln.

Daß ich persönlich nun euch am nächsten stehe, darf euch klar sein. (Aber mir geht es darum hier nicht.) Ich habe auch die Spaltung zwischen den damaligen „Berlinern" und „Ostsachsen-Dresden-Rühle" — da ich gerade mal für kurze Zeit von der Henkerjustiz flügge gelassen — persönlich miterlebt. Ebenso, wie „Berlin" eine Aussprache, eine Klärung zu hintertreiben suchte und verstand, so fehlte auch bei Ostsachsen der gute Wille das zu tun, was notwendig, und was damals noch im guten Bereich lag. Wenn Berlin den Vertreter Ostsachsens nicht in Berlin vor den Funktionären und Mitgliedern, Ostsachsens Standpunkt, darlegen lassen wollte, so gab ihm Ostsachsen keine Verpflichtung zu haben, mit der notwendigen Energie dieses durchzusetzen. Daran ist nun nichts zu ändern. Aber, so ist es leider immer und wieder, daß eure Bäume nicht in den Himmel gewachsen, haben die verschiedenen sogenannten „Heldenauer Affären" bewiesen, ebenso wie andere. Immer tritt die Tendenz des gegenseitigen Ablehnens und Nichtverstehenwollens hervor. Wie damals. Es ist eine Linie. Ich verweise nur auf Frankfurt-Main gegen die R. J. St. Heidenau-Ostsachsen. Ebenso wieder Berlin und vor allem Weimar, das letztere ein Königreich für sich spielt.

Diese Ueberspitzung des theoretischen Standpunktes, die nichts anderes als krasse Eigenbrödelei, ist schließlich nicht von euren geistigen Oberhaupt, dem Genossen Rühle, noch von euren geistigen Unterhäuptern, noch von euch selbst gewollt. Ihr nennt euch immer noch Kommunisten — wollt das auch sein. Ist das aber nicht abstrakter Anarchismus, wenn ihr konsequent auseinanderstrebt, um auseinanderzufallen!? Ich betone ausdrücklich abstrakter Anarchismus! Denn der verstandene Anarchismus verneint nicht die Gemeinsamkeit, ebenso nicht, wie der verstandene Syndikalismus. Nur müßige Nur-Theoretiker haben diese verschiedenen Philosophen-Systeme geschaffen — und Gegensätze herausgeschält. „Man glaubt zu schieben — und man wird geschoben!" — so ergeht es nicht nur euch, sondern allen. Ihr wollt die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit zusammenfassen — und entfernt euch anscheinend immer mehr von dem von euch selbst gesteckten Ziele.

Daß auch Verwässerungen bei euch vorkommen können, haben die „gesetzlichen Betriebsräte-Praktiker" bewiesen. Diese Gefahr ist stets vorhanden; aber sie wird nicht überwunden — ja sie wird gerade gefördert, wenn jede Drei-Männergruppe tun und lassen darf, was sie will. „Kein Fördralismus und kein Zentralismus", wie ihr oft ganz recht betont. Also handeln danach. Keineswegs aber dürft gerade ihr die große Linie außer Acht lassen. Die

rüstung zu brechen und die Aufgabe, den bissigen Kettenhund an dem Ausgange der Ostsee gegenüber Rußland zu mimen, ledig zu werden, wurde durch den Sturz seines Blutbruders Macdonald zu Essig.

Außerdem ist es ziemlich stille geworden um diesen famosen Abrüstungsplan. Es wird wohl so gehen, wie mit dem Valutaplane. Herr Stauning kann doch seinem königlichen Gönner und Tischgenossen sein Spielzeug nicht fortnehmen. Da wir bereits amtlich gezählt an die 50 000 Arbeitslose haben und 50 000, die nicht gezählt sind, würde sich die Zahl der Arbeitslosen ins ungeheuere vermehren, im Fall der Abrüstung. „Gott, wo sollten wir wohl mit allen diesen Exoffizieren und Unteroffizieren usw. hin, geschweige der Admirale und Generale zu gedenken. Wein- und Zigarrenreisende haben wir im voraus genug. Die Sahara ist trocken, dort wächst ja nicht einmal Rotwein. Nein, diese Frage ist sozial nicht zu lösen. Daher müssen wir von der Frage der Abrüstung Abstand nehmen, solange wir die hohe Zahl der Arbeitslosen haben. Sind diese alle in Arbeit, so kann man der Frage einmal näher treten. Die Unterstützungs und Ablindungsfrage spielt ja dabei auch eine Rolle und so wird die Geschichte ja auch viel billiger. Darum kann seine Majestät, soweit es Herrn Stauning angeht, gern sein Spielzeug behalten. Er wird schon zeitgenäß mit seinem Kollegen Finanzminister sprechen. Im übrigen hat Herr Stauning seinem königlichen Gönner eine anständige Gage mit zugehöriger Teurungszulage bewilligt (die hat er, im Vertrauen gesagt — an der Arbeitslosenunterstützung eingespart). Es geht nichts über einen richtigen Republikaner und ehemaligen Königsstürzer.

Ach, tränenden Auges sehen die Herren dänischen Sozialdemokraten (Filiale der SPD.) ihre Felle fortschwimmen. Schon beginnen die Sklaven zu murren. Die reaktionären Bestimmungen der vorigen Regierung sind bestehen geblieben. Arbeitslosenfrage, Wohnungsschutz, alles bleibt unberührt, ein Blümlein Rührmichnichtan. Das Militärbudget verlangt die gleiche Summe, nur sind einige Summen auf andere Etats, doch mit militärischen Zwecke vor Augen, verteilt. Ein kleiner finanztechnischer Trick. Ganz gewöhnliche Roßtauschermanöver.

Alles in allem genommen, war das Jahr 1924 mit seiner „sozialistischen Arbeiter"-Regierung für die Arbeiterschaft eine Enttäuschung. Doch weiter so, die Arbeiterschaft muß diese Entwicklung durchmachen, bevor sie ihre falschen Illusionen abstreifen kann, nur durch diese Enttäuschungen kann sie ihr Klassenbewußtsein zurückgewinnen, zur Klassenerkenntnis gelangen. Langsam erwacht das Proletariat Dänemarks aus seinem Dornröschenschlaf, in welches es systematisch von den falschen Propheten hineingezwiegt worden ist. Hoffen wir, daß das neue Jahr diese Entwicklung bringen wird.

b) Arbeiterbewegung.

Die Zwangslage, in der die Sozialdemokratie sich befindet, das Sitzen zwischen zwei Stühlen, der zum Frühjahr in Aussicht stehende große Arbeitskampf, der sicher Bestrebungen ans Tageslicht bringen wird, im Interesse der „sozialistischen Regierung" den Arbeiterkampf zu sabotieren, machen sich die Moskauer Reformisten — trotz ihrer absoluten Bedeutungslosigkeit und ihrer inneren Widersprüche und Parteikämpfe, die ihre Bedeutungslosigkeit noch erhöhen und aller Welt ihre Schwächen offenbaren, gründlich zu Nutze. Der große Bruder von der Amsterdamer Fraktion macht nun einmal alles verkehrt. Sehr richtig. Doch da diese Herren mit dem großen Maul auch kein anderes Rezept wissen (außer den mehr radikaleren Phrasen und der lauteren Stimme, die meist in eine wüste Schimpfkanonade ausartet, ist kein Unterschied zu bemerken) als den Weg zur Eroberung der Macht, vorher äußerst glatt mit Reformen zu pflastern, da selbst ihr organisatorischer Kampfapparat derselbe ist, wie der der Amsterdamer — haben sie unrecht. Sie werfen den Amsterdamern, die doch Blut von ihrem Blut, Fleisch von ihrem Fleisch, tausendfältigen Verrat vor und beweisen ihnen haarscharf ihre kapitalistische Knechtseligkeit, Klassenverrat und Lakaienhaftigkeit. Auch sehr richtig! Und doch schreien sie seit Jahren: „Einheitsfront!" — „Hinein in die Gewerkschaften!" Ihre vielen offenen Briefe in ihrem „Arbeiterblatt", gerichtet an die Zentralinstanz der Gewerkschaften, an die Sozialdemokratische Partei beweisen es. Ihre offenen Briefe in selbiger Zeitung an die „sozialistische" Regierung, mit dem Verlangen bald nach diesem Reformchen, bald nach jenem, beweisen das vorhin gesagte. In Worten bekämpfen sie ein System des Verrates, in der Tat stützen sie die finanziellen u. organisatorischen Grundlagen dieses von ihnen gebrandmarkten Systems. Kann man sich eine größere Demagogie vorstellen? Die Bewegung der KP.'en in Skandinavien sind für Dänemark von kleinerer, für Schweden und Norwegen von größerer Bedeutung, eingestellt auf einen kleineren Sprachbetrieb, sodaß die Mitglieder in der Aufklärung in Bezug auf die innern Vorgänge in der internationalen Bewegung und den vorhandenen Strömungen, auf das Fürgutbefinden der Parteileitungen angewiesen sind. In jedem Lande spielt nur ein Drehorgelsmann und dazu nur die amtlich abgestempelten Walzen. Kein Wunder, wenn die Mitglieder mit einer Verbissenheit sondergleichen den Glauben an die „proletarische" Diktatur (Industrieproletariat, selbstverständlich) mit einer Gläubigkeit nähren, die an Fanatismus grenzt. Welcher Betrug hier an dem Proletariat verübt wird, ist beinahe unbeschreiblich. Doch eins wird sich dieser Betrug rächen. Das Jahr 1924 verbucht für diese Pseudorevolutionäre keinen Fortschritt, weder organisatorische noch ideelle Fortentwicklung.

Die 4. oder 5. Spaltung des Moskauer Spaltpilzchens ist im Werden. Und wie merkwürdig, es bestätigt das Obengesagte bezgl. des kl. Sprachbereichs, daß die Träger des Spaltpilzchens diesesmal im Besitze der Kenntnisse fremder Sprachen sind, daher sich besser über die Vorgänge innerhalb der Internationale informiert halten können. Der Trotzki-Streit findet auch hier seinen Resonanzboden. Die von Moskau bezahlten Eunuchen schwören selbstverständlich auf Synowjew und seinen Anhang. Ein anderer Teil Eunuchen fremde Sprachen sprechend) steht auf Seiten Trotzkis.

Wie man Resolutionen gegen Trotzki zustande bringt?!

Der Hauptausschuß der DKP. hat es abgelehnt, eine Delegation der DKP. nach Stockholm zur interskandinavischen kommunistischen Konferenz zu entsenden. Ohne Wissen und Vollmacht der Parteimitglieder reisten drei Vorstandsmitglieder zu dieser Konferenz. Es wurde dort eine geharnischte, langatmige Erklärung gegen Trotzki angenommen, die ihm alle Rechte eines Bolschewik abspricht und jedem, der sich mit Trotzki solidarisch erklärt, anempfiehlt, die komm. Bewegung schleunigst zu verlassen. Diese Erklärung, die u. a. auch ausgewiesen in der „Inprekorr" veröffentlicht wurde, wird der Welt als Willenskundgebung der Mitglieder der skandinav. komm. Parteimitglieder serviert. Da auf dieser Konferenz nur Parteifunktionäre, für Dänemark noch dazu ohne Mandat anwesend waren, weiß die revolutionäre Arbeiterschaft, was es mit dieser Erklärung auf sich hat.

Selbstverständlich herrscht in den Kreisen der DKP. große Empörung über die Frechheit ihrer Parteibonzen. Sie werden sich nun wohl noch einmal zu Tode spalten, denn man droht, da, wie uns versichert wird, der Widerspenstigen Zähmung nicht reüssiert wird, diese aus der Partei zu expedieren. Mitgliederzahl schwankt wohl zwischen 6—7000, trotz der 3000 Wahlunterschriften und der dieser Zahl ungefähr entsprechenden Leser des Parteiblattes.

Die kommunistische Jugend hat ihre Zeitung seit 9 Monaten nicht mehr heraus gebracht. Anscheinend war es Galgenhumor, der die Jugend veranlaßte, ihr bisheriges Organ „Premad" (Vorwärts), nachdem es immer mehr und in beschleunigterem Tempo rückwärts gegangen war, in „Stormklokken" umzutaufen. Wahrscheinlich war es nur ein Irrtum des Druckers, es sollte wohl vielmehr „Totenglocke" heißen. Jugend und Zeitung, wohl infolge des ausgebliebenen Zuschusses der J. I. und dem Herauswurf aller grauhaarigen Jugendmitglieder, ist der selige Tod der DKJ. zuzuschreiben. Eine reichliche Sendung liquider Mittel kann den Rest zu neuem Leben begeistern — doch heute rot, morgen tot. Weder Saft noch Kraft. Wie die Alten sungen, so zwitschern auch die Jungen. Wo keine Ideale, keine Erkenntnis, da ist auch kein Leben.

Die syndikalistische Bewegung hat nunmehr ihren organisatorischen Rahmen gefunden in dem „Revolutionärt Arbejderforbund" und gibt ein Monatsblatt heraus „Solidarität", angeschlossen ist der Verband der IAA. in Berlin. Mitgliederzahl: 30—40, doch ist nicht ausgeschlossen, daß die Bewegung plötzlich an Boden gewinnen kann, da hier starke syndikalistische Tendenzen vertreten waren. Doch muß man abwarten, ob nicht diese Tendenzen in dem Laufe der letzten Jahre geschwächt oder überlebt sind.

Die pseudo-kommunistische Studentengruppe unter Führung des verkrachten R. A. Bröcker, die „Komm. Arbejder og Husmandsbevägelse" hat in Arbeiterkreisen nur wenig Anhänger gefunden und hat ihr Organ „Pressen" eingehen lassen müssen. Es waren darunter — trotz allem Abstand, den wir von diesen Leuten nehmen müssen — doch tatkräftige und energische Leute. Schade nur, daß sie sich vorbehaltslos dem Teufel — au! Sinowew verschrieben hatten. Ihre Arbeit wäre einer besseren Sache würdig gewesen.

*

Außerhalb des „DSF." (Det Samvirkende Fagforbund, gleich ADGB.) stehen ungefähr 50 000 organisierte Arbeiter in Opposition, zum Teil kleinere Gewerkschaften, aber auch die drei großen Verbände der Maurer, Bauarbeiter und Zimmerer. Deren Führer sind durch die ehemals kräftige syndikalistische Bewegung an die Spitze gehoben, sind aber inzwischen vom System gefressen worden. Diese sind doch noch immer die Widerstandsfähigsten. Die Arbeiterkreise haben sich nun diese Baugruppen als Kampfobjekt herausgesucht und vermeinen dadurch, daß sie, indem sie diese Gruppe und ihre Weigerung, sich den Bedingungen der Arbeitgeber zu unterwerfen, zum Anlaß nehmen, auch die Mitglieder der DSF. angeschlossenen Gewerkschaften aussperren, zum Druck auf die Baugruppe auszuüben und einen Keil in die gewerkschaftlichen Reihen zu treiben.

Außerdem hat der Verband der Arbeitsmänner in den Oelmühlen die Sonntagsschicht auszuführen sich geweigert. Dieses will der Arbeitgeberverband nun zum Anlaß benutzen, um den Kampf schnellmöglichst auf der ganzen Linie zu entfesseln. Sozialminister Borgbjerg ist nun fleißig mit seinen Gesellen am Kuhhandeln. Ueber die Ansichten ist noch nichts zu sagen.

Im Interesse der sozialdem. Ministeranwärter fand im letzten Jahre keine Aussperrung statt. Man verhandelte sich zerecht und betrog die Arbeiter wie immer.

Monate flungerstreik, ein sinnbetäubendes Verhandeln unter Vorsitz des staatlichen Schlichters, 1 Oere Lohnerhöhung, darauf folgende Preiserhöhung, eine Schuldenlast des Arbeiters, wofür er ein Jahr zu arbeiten hat, das ist das Resultat eines dänischen Streiks oder Aussperrung. Gestreikt wird hier nicht mehr, sondern der Arbeiter ist immer der Arbeitgeber-Verband-Loukout für eine bestimmte Anzahl Gruppen. Gegenwehr, Einbeziehung anderer Gruppen, die für das wirtschaftliche Getriebe wichtig sind, gibt es nicht. Die Arbeitgeber suchen sich die bestimmten Berufsgruppen aus, werfen diese auf die Straße und die für sie wichtigen Berufe arbeiten seelenruhig weiter. Die Arbeiter schimpfen offen und in sich hinein und — dabei hats sein Bewenden.

Der Unternehmer stößt seine überzähligen Waren ab, füllt teilweise seinen Geldbeutel, während der Arbeiter mit leerem Magen und leerem Beutel dasteht. Seine Gewerkschaftskassen sind auf diese Weise ständig leer.

Bei der nun Frühjahr geplanten Aussperrung handelt es sich diesmal aber um die Abschaffung des Acht-Stundentages. Der Daweaplan, die Furcht vor deutschem Dumping zwingt die Arbeiter dazu, mit der deutschen rückwärtigen Entwicklung Schritt zu halten, sofern diese der auswärtigen Konkurrenz im eigenen Lande Stand halten soll, wenn sie erfolgreich auf dem Auslandsmarkte auftreten wollen. Hierin liegt eine ökonomische Gesetzlichkeit und läuft zwangsläufig mit der Entwicklung in den wichtigen industrieländern parallel.

Martin Cohen

Kein Roman

Martin Cohen war einer jener kleiner Januarexistenzen, denen alles vorbeigelingt im Leben. Die Provisions-Agentur in Wein- und Spritnosen ist der letzte Rettungsanker aller Verzweifelnden. Nach ihr gibt es nur noch die Heilsarmee und den Strick, wenn man die „Palme" außer Berechnung läßt.

Also Martin Cohen wanderte mit seiner Kunstlederaktenmappe unter dem abgetragenen „Kit" (er beide „fast neu" bei Pinkus in der Linienstraße erstanden hatte, von Laden zu Laden, von Haus zu Haus, treppauf, treppab, von Tür zu Tür. Es klappte alles nicht. Denn die Marken die Martin vertrat und manchmal auch verkaufte waren nicht so ganz ungefährlich. Beim Trinker wars der Magen, beim Budiker der Staatsanwalt. Martin Cohen wanderte also . . . Wanderte, wanderte — bis er eines Tages, aus Kollegialität und so — die Luxuskorridore der Branntwein-Monopolverwaltung betrat — und um sich zu erwärmen. Rein äußerlich versteht sich.

Dieser Korridor bedeutete den Wendepunkt in Martin Cohens Leben. Was hier vor sich ging, war faszinierend. Alle die wohlbeleibten prunkstrotzenden Herren Reihe um Reihe wollten Schnaps kaufen, aus dem Auslande sogar. Nur die Unterschrift fehlte ihnen für die Einfuhrbewilligung. Die Unterschrift der Direktion der Monopolverwaltung. Martin blitzte es durch die Locken. Nicht im Verkaufen lag die Goldgrube begründet, sondern im Einkaufen, in den Unterschriften. Wer diese besorgen könnte. Gegen Kasse. Und Beteiligung am Reingewinn, pro Liter nur eine Kleinigkeit. Die hunderttausende Liter, die hier auf die Unterschrift warteten, machten schon ein klotziges Stück Geld aus.

Die Sache klappte, die Freundschaft gelang, bis nach oben. Martin Cohen wurde im Korridor der Monopolverwaltung ein ständiger und gern gesehener Gast. Wer Unterschriften brauchte, ging nicht mehr zur Monopolverwaltung, sondern zu Martin Cohen. Richtiger zu Martin Cohen in die Monopolverwaltung. Die glatte Abwicklung hatte ihre guten Seiten für die Schnapsimporteure, für Martin Cohen und für die Büros der Monopolverwaltung. Die Importeure zahlten an Martin Cohen, Martin Cohen an die Büros. Das meiste blieb in der Mitte hängen. Das Geschäft ging reißend. Martin beteiligte sich am Gewinn der Einfuhr. Die Hunderttausender rollten nur so heran. Martin machte eigene Geschäfte in Sprit, nicht die kleinsten. Die Millionen flossen nur so in Martins Hände. Er ging unter die Gründer. Die Sprit A. G. war sein Kind. Jeder wirklich Große hat seine Aktiengesellschaft, sie eigentlich ist erst der Nimbus, wie im Feudalismus die Krone. Alles wurde in einer Richtung eingesetzt: das Unterschriftengeschäft, der Schnapsimport, die Sprit-A.-G. Martins Ruhm stieg. Er war der meist Genannte, noch öfter als die Monopolverwaltung, Kutisker, Barmat, Staatsbank. Die Millionenschieberei in Sprit der Weber und Cantrup, Kopp und Rubens, Magdeburg und Warnemünde etc etc. waren nur Lappalien, Ausschnitte aus dem Bilde, dessen Rahmen Martins Geschäfte waren.

Martin Cohen verstand nicht nur Geld zu machen. Im Ausgeben war er so groß, daß ihn sogar der blasse Neid aller Neureichen verfolgte. Sein Name war im Nachtleben ebenso bekannt als im Bereiche der Schnapshändler. Frau Cohen war der Clou im WW., was Toiletten und Brillanten anbetrifft.

Ueber dem menschlichen (und allzu menschlichen) versäumte Martin Cohen keineswegs das Geschäft. Im Gegenteil. Martins Schnapsgeschäfte wuchsen, wuchsen! daß er und sein Mitarbeiterstab in und außer der „Reichsbranntweinmonopolverwaltung" damit nicht fertig wurden. Es bildete sich die „Gemeinschaft der durch Martin Cohen geschädigten Gläubiger und Geschäftsleute". Einigkeit macht stark. Wenn auch nicht gleich so stark als Martin Cohen. Mit vereinten Kräften wurde der Kampf aufgenommen gegen Martin Cohen. In Versammlungen und Sitzungen in Plenar und Kommissionen, in Ausschüssen und Branchenkorporationen. „Die ich rief, die Geister, die werde ich nun nicht los" war das Motto. Denn Martin Cohens Geist war vielfältig. So vielgestaltig, daß sich sogar die Monopolverwaltung mit Martin Cohens Kundschaft (die früher die ihre war) verband, zum Angriff, zum Sturm gegen den allgewaltigen Martin Cohen, der stärker war als der Staat. Der Staat hatte ihn durch seinen Anwalt schon mal beim Schlafittchen, vom Barmat-Richter bis ganz hinten nach Moabit. Mag sein, daß ihn die Monopolverwaltung damals noch nicht entbehren konnte, wahrscheinlich aber war Martin Cohen der stärkere.

Aber auch Götter purzeln aus dem Olymp. Alkoholkapital, Reichsbranntwein-Monopol, d. h. Presse schaffens. Martin Cohens Stern hatte den Zenith überquert. Er purzelt. Nicht so wie die kleinen Stümper der Staatsbank. Genosse Richters Leute faßten Martin in demselben Augenblick, als er sich vergiftet hatte. Und jetzt hat Heinrich Heine wieder Recht:

Seht nur den deutschen Michel an,
Wie dort Martin Cohn.
Seht nur wie er den Toten haut,
An den Lebenden hätt' er sich nicht getraut.

Martin Cohen ist so gründlich dreivierteltot vergiftet, daß der Direktor der Monopolverwaltung sein Abschiedsgesuch einreichte. Man sagt, in demselben Augenblick, als Martin den Selbstmordversuch unternahm. Es wird also schon aus wirklichen Ueberlastungsgründen sein. Denn Martin Cohen kann auch wieder hochkommen. Der Staat weiß aber seine Kräfte, nicht nur die vom Alexanderplatz, zu schätzen. Das Abschiedsgesuch wurde nicht genehmigt. Martin Cohen ist an seinen ehrenvollen Posten zurückberufen, den er vor der staatlichen Monopolisierung des Schnapses (und nach der der Bordelle) innehatte. Direktor der Reichsbranntweinmonopolverwaltung Gebeimrat Steinkopf ist wieder im Finanzministerium.

Als lachende Dritte erhalten Lieber und Staatsbank und Schnapsverwaltung zu seinem Ressort zusammenzuschweißen und darüber Herrn Steinkopf mit dem Titel Staatssekretär als Aufsichtsbehörde zu setzen.

Probatum est.

Mitteilungen

RHEINLAND-WESTPHALEN.

Ortsgruppe Barmen-Elberfeld und Ronsdorf. Freitag, den 20. Februar, zur bekannten Zeit Mitgliederversammlung bei Spicker, Elberfeld.

Ortsgruppe Düsseldorf der KAP. und AAU.

Sonntag, den 22. Februar, morgens 10½ Uhr, im Lokal Deuch, Ecke Gerresheimer- und Kölnerstraße, findet eine kombinierte Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: **Bericht von der kombinierten Bezirkskonferenz.**

Pünktliches Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

GROSS-BERLIN.

An die Ortsgruppen und Einzelmitglieder des Wirtschaftsbezirks Berlin-Brandenburg der AAUD. und KAPD.

Am Sonntag, den 1. März 1925, vormittags um 9 Uhr, findet in Berlin-Lichtenberg eine **kombinierte Bezirkskonferenz** der Partei und Union statt. Lokal ist im Rundschreiben bekannt gegeben. Jeder Ort hat einen Delegierten zu senden. Als Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Referat über Union und Partei.
2. Bericht aus den Ortsgruppen.
3. Organisatorisches. Regelung der Ortsgruppen-Arbeit. Werbenummern. Heranziehung Sympathiesierender und früherer Genossen.
4. Verschiedenes.

Der Bezirks-Arbeitsausschuß.
I. A.: Der Obmann.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Nowawas. Am Montag, den 23. Februar, **Gruppenabend** im Lokal Gebauer, Wallstr. 66. Thema: Urkommunismus.

Kursus der KAJ. Groß-Berlin.

am Donnerstag, den 26. Februar, 7½ Uhr abends, in der Schule Gipsstraße. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Agitationsfahrt.

am Sonntag, den 22. Februar. Treffpunkt: Sonntag früh 8 Uhr, Bahnhof Nowawes. Propagandamaterial ist mitzubringen.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O 17, Lange Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 14

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Februar 1925

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Massenmörder Kapitalismus

Am 17. Februar hatte die Bourgeoisie wieder einmal einen sentimentalen Tag, um ihr „weiches Herz" zum Ausdruck zu bringen. Die brutale Fratze des Kapitals war für einen Tag in Trauerflor gehüllt. Das Kapital kann auch friedlich sein, wenn es eben die Profitinteressen bedingen. Die schwarzrotgoldenen Farben flatterten im Halbmast über die deutschen Auen. Die Glocken läuteten ehrfurchtsvoll. Hohe Würdenträger der Profitwirtschaft beugten ihr elastisches Kreuz und hielten Trauerreden. Das Pfaffentum gab sich in ganzer Größe und zeigte ihr ganzes fachmännisches Können. Minister redeten. Auch fehlten selbstverständlich nicht in dieser Trauergesellschaft des Kapitals seine treuen Lakaien, die Gewerkschaftsbesitzer und die Sozialdemokratie.

Alle „trauerten" um die 136 Proletarierleichen, das jüngste Massenopfer der Ausbeuterwirtschaft. Sie „trauerten" nur deshalb, um die Schande des Profitsystems zu verschleiern. Vom ersten Repräsentanten des Kapitals bis herunter zu den Gewerkschaften, eine Front, die alle Ursache haben, um eine Trauerstimmung zu erzeugen, weil neben vielem anderen auch mittels dieser das Proletariat im Stumpfsinn erhalten werden kann.

Die 136 Proletarierleichen sind Opfer unserer Klasse, Opfer eines Systems, das historisch reif ist, in den Orkus zu verschwinden. Wenn am 17. Februar das Kapital mit seinem Zuhältergeschweiß um die Opfer seines eigenen Profitsystems scheinheilig „trauerte", so halten wir es für unsere Pflicht, das Proletariat rücksichtslos über das Komödienspiel der Bourgeoisie aufzuklären.

Währenddessen in Dortmund am 17. Februar Trauerstimmung vom Kapital und seinen Institutionen erzeugt wurde, ging in der übrigen Welt die Lohnsklaverei munter weiter. Zur selben Zeit standen und stehen noch unzählige Klassenkämpfer des Proletariats vor der Klassenjustiz des Kapitals, um von dieser lebendig hinter Kerkermauern begraben zu werden. Andere Klassenkämpfer des Proletariats deckt lange der grüne Rasen. Sie wurden im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse hingemordet von der kapitalistischen Bestie, derselben, die am 17. Febr. „trauerte". Auch den 136 Proletariern der Zeche „Minister Stein" wäre dasselbe Los zuteil geworden. Hätten die 136 Proletarier ernsthaft versucht, an die Grundfesten der Lohnsklaverei zu rütteln, keine Glocke hätte je um sie geläutet, kein Pfaffe hätte um sie ein Wort verloren, keine republikanische oder treudeutsche Fahne wäre auf Halbmast gezogen worden. Niedergeknebelt wären sie worden, wie alle anderen Klassengenossen, die dem Kapital ernsthaft den Kampf ansagen. Doch die 136 Proletarier der Zeche „Minister Stein" fielen nicht im offenen Kampf gegen das Kapital, sie fielen als Opfer des Profits, Opfer der täglichen, blutigen Komödie, die der Kapitalismus aufführt. Um dieselbe etwas für die Ausgebeuteten dieser „Ordnung" zu versüßen, darum das Trauerspiel.

Die Opfer von Eving werden nicht die letzten gewesen sein, die der Moloch Kapitalismus forderte; denn täglich erheischt er neue Opfer. **So werden täglich im deutschen Bergbau laut bergbaulicher Statistik 2 Bergleute getötet, im Jahr 630 Proletarier. Im Ruhrbergbau selbst ist die Zahl der täglichen Todesunälle noch größer. Im Jahre 1924 sind dort 775 bis 800 Bergarbeiter täglich verunglückt. Auf eine Schicht entfallen mehr als 2 tödliche Unfälle. Im Jahre 1922 wurden im Monat durchschnittlich 4678 Unfälle angezeigt. Im Durchschnitt der ersten 11 Monate 1924 waren es 5184.**

Dies ist die Auswirkung des ADGB.: „Mehrarbeiten und weniger essen!"

Das Proletariat muß sich darüber klar werden, daß es gesellschaftlich dazu berufen ist, die Profitwirtschaft zu beseitigen, will es nicht als Klasse das Opfer der bestehenden modernen Sklaverei werden. Sentimentalität schaltet im Klassenkampf vollständig aus, soll er siegreich für das Proletariat entschieden werden. Dem Proletariat steht eine Einheitsfront vom Schwerkapital bis zu den Gewerkschaften gegenüber, der von unten an der Kampf angesagt werden muß. Ohne die Gewerkschaften und Sozialdemokratie als Faktoren zu beseitigen, wird das Proletariat hie endgültig das Kapital schlagen können. Je größer die Widersprüche der Warenwirtschaft, des Kapitalismus, heranwachsen, je stärker wird die Ausbeutung, die das Proletariat zu erleiden hat. Daher darf es den denkenden Proletariern auch nicht wundern, wenn die Opfer des Lohnsystems riesenhaft anschwellen. Hier waren es geradezu die Gewerkschaften, die dem Kapital die Wege geebnet haben. Die Gewerkschaften haben das Kapital dazu verholfen, den Achtstundentag zu durchbrechen. Der Bergarbeiter-Verband steht in dieser Fienkersarbeit mit an erster Stelle. Er war es, der die Verlängerung der Arbeitszeit ermöglicht hat. Die Bergarbeiter-Zeitung schrieb schon 1923: „Ueberschichten ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit." In der Bergarbeiter-Zeitung Nr. 43, Jahrgang 35, heißt es in einen Artikel: **„Jede Gewerkschaft ist bereit, mit der Arbeitgeberorganisation ihres Berufes über eine bessere Entwicklung der produktiven Kräfte und auch über notwendige Mehrarbeit Vereinbarungen zu treffen, wie die Reichsverfassung sie in dem Satz: „Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt", vorgesehen hat."**

Heute hat sich diese Gewerkschaftspolitik voll ausgewirkt im Interesse dieser Profitordnung. Nachdem die Gewerkschaften [illegible] es sei nur an die Schiedssprüche des Sozialdemokraten Mehlich erinnert — täuschen diese konterrevolutionären Institutionen einen scheinbaren „Kampf" um den Achtstundentag vor durch Volksentscheid und sonstige Mätzchen. Das Proletariat muß diesen Parvenüs, den Gewerkschaftsinhabern, endlich das verräterische Handwerk legen. Nicht umsonst finden sie keine Worte der Anklage gegen das Kapital für den jetzigen Massenmord in Eving, wie einst bei dem Unglück in Radbod im Jahre 1908. Liest man die sozialdemokratische Presse, so hat sie denselben Einschlag wie die übrige bürgerliche Presse. Sie findet alles ganz in der Ordnung und hat auch die Spalten mit einem sentimentalen Phrasenschwall gefüllt. Betrachtet man die sozialdemokratische Presse von einst und heute, so kann man mit aller Deutlichkeit den Verrat ermessen. Die sozialdemokratische „Arbeiter-Zeitung" in Dortmund vom 14. 11. 1908, fand andere Worte zu dem Massenmord auf Radbod wie die heutige Vorwärtskloake. Der Leitartikel war betitelt wie der unserige. Folgende markante Worte enthielt er:

„Aber die Opfer werden nicht umsonst gefallen sein! Geloben wir Daheimbleibenden den Dahingerafften, daß sie gerächt werden sollen! Geloben wir ihnen, geloben wir ihren Hinterbliebenen, daß wir aus der furchtbaren Katastrophe, mit der am Donnerstag der Kapitalismus abermals sein Schindbuch belastet hat, Mut und Kraft schöpfen zu wollen zur Verdoppelung, zur Verdreifachung unserer Energie in dem Kampf gegen die fluch- und schmachbedeckte, aus allen Poren blut- und schweißtriefende kapitalistische Weltordnung, neuen Mut und neue Kraft schöpfen wollen in unserem hohen, heiligen Ringen für die sozialistische Zukunft, jener Zukunft, in der nicht mehr der Profit der Gott ist, dem alles zum Opfer gebracht wird, sondern, wo an der Stelle dieses dann von seinem Thron gestoßenen Götzen herrschen wird allein das Gemeinwohl, wo dies, das Wohl aller, das höchste, das einzige Gesetz sein wird. Vorwärts! Immer vorwärts!"

So schrieb die SPD. der Vergangenheit, die noch nicht salonfähig war und auch noch keine Minister dieser „Ordnung" zur Verfügung stellte. Ja, wir werden die toten Proletarier rächen, doch das heißt heute, das Schmarotzergebilde, die SPD. von heute mit ihren Unterabteilungen, den Gewerkschaften, vernichten, da dieselben den Wall gegen die Revolution bilden. Solange die SPD. und Gewerkschaften ihr schmutziges Werk für das Kapital noch ausführen können, wird das Proletariat noch lange Blutopfer für dasselbe bringen müssen. Hier gilt es die Bresche zu schlagen.

Wir zweifeln nicht daran, daß es den Proletariern der KPD. ernst ist mit der proletarischen Revolution, doch die Organisation der KPD. verfehlt den revolutionären Zweck mit ihren Phantasieparolen. Wenn heut die KPD. die Verhaftung der Zechenunternehmer fordert, wegen ihrer Verantwortlichkeit des Massenmordes der Bergarbeiter, so wirkt das für eine Organisation, die revolutionär sein will, lächerlich. Das Kapital wird sich nie selbst verhaften zur Freude des Proletariats. Im Gegenteil, es wird, je länger das Proletariat passiv sich seinen Ausbeutern gegenüber verhält, um so mehr die Daumenschrauben anziehen. Der sozialdemokratische Handelsminister Siering vom gewerkschaftlichen Schlage gab zum Ausdruck, wie die Bourgeoisie die Parole der KPD. zu beantworten gedenkt.

Im Landtag machte ein KPD.-Parlamentarier einen Zwischenruf zu der Dortmunder Tragödie:

„Die Direktoren gehören ins Gefängnis."

Darauf antwortet der sozialistische Minister Siering frech, der auch höchst selbst zu dem Trauerspiel in Dortmund anwesend war:

„Die Betriebsräte müßte man einsperren."

Die Proletarier mögen sich es merken, die heute trotz stinkenden Verrats die gewerkschaftliche und sozialistische Konterrevolution finanzieren. Leider gehören zu denen auch noch die Proletarier der KPD. Sie müssen endlich lernen, daß die Taktik der 3. Internationale nicht aus der kapitalistischen Barbarei heraus führt. Wie es mit solchen Parolen, wie mit der „Verhaftung der Direktoren" aussieht, beweist wieder die Wirklichkeit einmal im preußischen Landtag.

Die Zukunft des Proletariats bedingt das rücksichtslose zerstören aller Brücken, die das Proletariat noch mit dem Kapital verbinden. Durch Proteste, Resolutionen, Delegationen, Petitionen und sonstigen reformistischen Spielereien der herrschenden Klasse gegenüber, hat das Proletariat nichts, auch garnichts zu erwarten als Enttäuschungen. Der Kapitalismus kann nur durch die Schläge der proletarischen Revolution fallen. Es soll unsere vornehmste Aufgabe sein, dieselbe zum Durchbruch zu verhelfen. Erst dann wird der Moloch Kapitalismus keine Blutopfer mehr erheischen können. Die Verhältnisse rufen heute mehr denn je zur Revolution oder gesteigerte Versklavung des Proletariats, Untergang in der Barbarei, ist die Folge. Eins gibt es nur.

Proletarier, entscheidet euch!

Das Ruhrpanama

Der Ruhrskandal wird immer größer. Die Ruhrindustrie hat bekanntlich Ende vorigen Jahres vom Reiche eine „Entschädigung" von über 700 Millionen Goldmark, d. h. soviel, wie Deutschland auf Grund des Dawes-Paktes an Auslandskrediten bekommen hat, erhalten. Das ist aber noch lange nicht alles.

Es hat sich ergeben, daß die Ruhrindustrie im Jahre 1923, während der passiven Abwehr gegen die französische Okkupation, viele Hunderte von Goldmillionen in Form von Papiermarkkrediten und Lohngeldern für sogenannte unproduktive Arbeiten erhalten hat. Diese Kredite wurden, wider alle kaufmännischen Regeln, bei der täglich abwärts gleitenden Währung, nicht auf wertbeständiger Basis gegeben, und so stellen sie ein gewaltiges Millionengeschenk an die Ruhrindustrie dar. Die Lohnsicherung desgleichen. Wenigstens in zahlreichen Fällen. Die Löhne für „unproduktive" Arbeiten wurden der Ruhrindustrie zu zwei Dritteln vom Reiche geschenkt, und nur das letzte Drittel wurde auf Kredit, wiederum auf Papiergrundlage, gegeben. Kein Mensch, zum mindesten nicht an den zuständigen Stellen, kümmerte sich um die tatsächliche Verwendung dieser Reichslohngelder für „unproduktive" Arbeiten. Vielfach haben die Unternehmer dieses fortlaufende Millionengeschenk der Reichsregierung dazu benutzt, um ihre Anlagen zu [illegible] Sachwerte hinzuzukaufen oder gar die Markbeträge in Devisen umzuwandeln. In den nebenstehenden Ausführungen greifen wir einen typischen Fall heraus, um durch ein Beispiel zu illustrieren, um was für Goldmillionen-Werte es sich dabei gehandelt hat. Auch die großen Geschäfte, die die Schwerindustrie mit der Ausgabe von Notgeld machte, das sie während der rasenden Inflation schließlich mit ein paar Goldmark ablöste, gehören hierher. Wiederum drehte es sich um viele Goldmillionen. Endlich sind auch noch die Differenzgewinne zu verzeichnen, die die Ruhrindustrie fallendes nicht sie allein) aus der verzögerten Abführung der Lohnsteuer an die Finanzbehörden, an gestundet erhaltenen oder erlassenen Körperschafts-, Kohlen- und Umsatzsteuern, erzielt hat. Rechnet man diese Summen zusammen, so übersteigt das Geschenk an die Ruhrindustriellen 5 Milliarden Gold-